:antifaschistische nachrichten

Nr. 15

g 3336 26.7.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Jeden Donnerstag Spanferkelessen satt“ wirbt die Gaststätte Landlust aus dem kleinen mecklenburgischen Dorf Rastow bei Schwerin. Ob es am Samstag den 7. Juli 2007 Spanferkel für die mehreren hundert Gäste der DVU gab, ist unbekannt, jedenfalls gab es Reden satt.

Für die Veranstaltung der Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern derDVU waren insgesamt 6 RednerInnen angekündigt, Dr. Gerhard Frey war extra aus München angereist, um zu erläutern, „warum Deutschland wieder auferstehen wird“. Die schäbige Dorfkneipe mit realsozialistischem Charme sah allerdings gar nicht nach germanischer Wiedergeburt aus. Zweiter Höhepunkt war dann Oberst a.D. Hajo Herrmann, der als einstiger Nachtjäger über „die Vernichtung Hamburgs 1943 und unser Kampf um die Reichsverteidigung“ berichten durfte. Nach einem euphemistischen Lagebericht aus Brandenburg und weiteren programmatischen Reden aus Bremen und Brandenburg, folgte dann noch die Kampfansage des Hamburger Vorstandsmitgliedes Robert Valkovic: „Wir sind die, vor denen euch eure Lehrer immer gewarnt haben.“

Eingebettet in die Veranstaltung waren die eigentlichen Landesparteitage von Freys norddeutschen Truppen mit Rechenschaftsbericht, Entlastung des alten und Wahl des neuen Vorstandes. Es ist anzunehmen, dass in diesem Rahmen auch schon Planungen für die Hamburger Bürgerschaftswahl 2009 diskutiert, bzw. wohl eher diktiert worden sind.

DVU – neofaschistische Gefahr zur Bürgerschaftswahl in Hamburg

In Hamburg darf Ende Februar 2008 die DVU im Rahmen des Deutschlandpaktes zur Bürgerschaft kandidieren, eine Beteiligung der NPD, auch auf einzelnen Listenplätzen, ist eher unwahrscheinlich.

So lächerlich der Landesparteitag der DVU-Hamburg fern der Heimatstadt auch war und so schlecht die Truppe aufgestellt ist, für Entwarnung gibt es leider keinen Grund. Die DVU macht traditionell keinen Straßenwahlkampf wie z.b. die NPD, sondern überschwemmt mittels Freys Millionen, Briefkästen mit ungewollter Post und die Straßen mit massenhaften Plakaten.

Die Infostände der NPD, welche in den Hamburger Randgebieten mindestens alle 14 Tage stattfinden, haben eventuell den entsprechenden braunen Boden bereitet.

In Bremen konnte die DVU, obwohl sie dort auch nicht besonders stark ist, im Mai 0,5 % dazugewinnen (insgesamt 2,74%) und mittels eines besonderen Wahlmodus über Bremerhaven wieder in die Bürgerschaft einziehen. In mehrere Stadtteilbeiräte, vergleichbar den hiesigen Bezirken, konnte sie ebenfalls einziehen. In Bremen wurden gezielt JungwählerInnen angeschrieben, eine (schlechte) Schulhof-CD produziert und eine Großveranstaltung durchgeführt. Die rechtspopulistischen Konkurrenten waren in Bremen, obwohl sie teilweise mehr Aufmerksamkeit bekamen, weniger erfolgreich.

1997 verpasste die DVU um 0,2 % (!) den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft, wurde jedoch in Mitte, Wandsbek, Bergedorf und Harburg in die Bezirke gewählt. Ein besseres Wahlergebnis hat weder davor noch danach je eine neofaschistische Partei in Hamburg erzielt. Um vier Jahre später endgültig den Durchbruch zu schaffen, war Frey 2001 der Wahlkampf nach realistischen Schätzungen mehr als 2 Millionen DM wert. (SPD 1,5 Mio. DM und CDU 800.000 DM). Ein Stadtstaat wie Hamburg, hat für Frey den Vorteil, dass er hier seinen kostenintensiven Wahlkampf auf enger Fläche bündeln kann, ohne auf einen Parteiapparat angewiesen zu sein. Die DVU scheiterte 2001 an dem Konkurrenten Schill-Partei. Deren Möchtegern-Nachfolger „HeimatHamburg“ und „Zentrumspartei“, dürften nach der PRO-Pleite wenig Erfolg haben. Ihre Führer wirken wie ein billiger Abklatsch von „Richter Gnadenlos“, sie haben keinen Apparat und keine Millionen wie Frey und keine Unterstützung durch die Springer-Presse und das hanseatische Bürgertum wie einst Schill.

Die eigentliche Gefahr der extremen Rechten bei der Bürgerschaftswahl geht diesmal also von der DVU aus. Und deren Wahlkampf über Post und Plakate erfordert eine andere antifaschistische Strategie als der „Kampf um die Straße“ gegen die NPD und ihre Lakaien. Antifaschistische Aufklärung, der Kampf für gleiche politische und soziale Rechte, gegen Rassismus und Spaltung muss vor allem in die Randbezirke in Hamburgs Osten und Süden getragen werden. Hier haben seit Jahrzehnten Neofaschisten jeglicher Couleur die meisten Stimmen bekommen. *erk* ■

Bei mehreren Aufmarschversuchen sahen sich Neofaschisten am Samstag 21. Juli stets mit einer weitaus größeren Zahl antifaschistischer Gegendemonstranten konfrontiert. In Tübingen gingen rund 10000 Menschen gegen einen Aufmarsch der JN auf die Straße. In Leipzig erschienen nach Polizeiangaben lediglich etwa 30 zu dem vom Hamburger Neonazi Christian Worch großspurig angekündigten Aufzug. In Krefeld standen rund 1500 Antifaschisten etwa 150 NPD-Anhängern gegenüber.

nach jW 23.7., Foto: indymedia ■

Parteitag der braunen Rentner

DVU-Hamburg 7 Monate vor der Wahl

Inhalt:

Das Dilemma der Kölner Moscheediskussion 7

DVU fliegt aus Bremer Bürgerschaft

BREMEN. 20 Jahre war Siegfried Tittmann das Gesicht der rechtsextremen DVU im Land Bremen. Am 15. Juli hat er die Mitgliedschaft gekündigt. Gegenüber den Medien sagte Tittmann, er habe aus persönlichen Gründen die Deutsche Volksunion verlassen. Dennoch lassen sich auch politische Differenzen bei ihm heraushören: Der Bremerhavener DVU-Chef ließ durchblicken, dass man ihn in der Parteizentrale in München für das schlechte Wahlergebnis der DVU verantwortlich macht. Die rechtsextreme Partei war bei der Stadtverordnetenwahl im Mai auf 5,8 Prozent abgesackt. In der Erklärung der DVU zum Austritt wird erwähnt, dass der Bremer Landesverband nach drei Legislaturperioden für die kommenden Wahlen ein neues Gesicht gefordert habe. Tittmann spricht von „neuen Konzepten", die er nicht mehr mittragen könne, obwohl er noch zur Bundestagswahl 2005 im Rahmen des Deutschlandpaktes auf dem Ticket der NPD auf dem 2. Platz der niedersächsischen Landesliste antrat.

Der 53-jährige gelernte Einzelhandelskaufmann war seit über 10 Jahren in seiner Partei der stellvertretende Landesvorsitzende. Seit 2004 war Siegfried Tittmann einer von zwei stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DVU. Seit 1991 ist er zudem Stadtverordneter in Bremerhaven und zwei mal (1999 und 2003) wurde Tittmann in die Bürgerschaft gewählt. Die DVU kam bei diesen Wahlen in Bremerhaven knapp über die Fünf-Prozent-Marke. (In der Stadtgemeinde Bremen blieb die Partei unter 1,4 Prozent). Zur Bundestagswahl 2005 trat Tittmann im Rahmen des Deutschlandpaktes auf der Liste der NPD auf dem 2. Platz der niedersächsischen Landesliste an.

Nach Tittmanns Rücktritt kündigte ein weiteres DVU Mitglied in Bremerhaven seine Parteimitgliedschaft auf. Damit wird es nur noch einen DVU Abgeordneten in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung geben. Das DVU Stadtverordnetenmitglied Anatoli Wolf will sich mit Siegfried Tittmann solidarisieren und aus der DVU austreten. Seine Austrittserklärung werde umgehend an die Parteizentrale geschickt, so Wolf zu Radio Bremen. Der dritte DVU Abgeordnete Rudolf Bargmann wird damit Einzelabgeordneter im Bremerhavener Stadtparlament. Wolf und Tittmann wollen eine parteilose Gruppe gründen und weiterhin in der Stadtverordnetenversammlung aktiv sein. Auch in der Bremischen Bürgerschaft wird Siegfried Tittmann künftig als parteiloses Mitglied auftreten.

Die Zentrale der DVU in München forderte Tittmann auf, sein Mandat zurückzugeben, der bereits angekündigt hat, seine beiden Mandate bis 2011 behalten zu wollen. *kun* ■

Konzept „Volksgemeinschaft"

MÜNCHEN. In einem Leserbrief in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa" (3-2007) lobte der Kreisrat der extrem rechten „Deutschen Partei" (DP), Wolfgang Bukow aus Gröbenzell, die „Bürgerbewegung pro München" in den höchsten Tönen. „Pro München" orientiere sich „am Vorbild des Nationalen Bündnis Dresden und distanziert sich ausdrücklich von jeglicher Abgrenzung", so Bukow. Die im Januar 2006 gegründete Bürgerinitiative „Pro München" e.V. sei „ein Zusammenschluß von Patrioten aller nationalen und freiheitlichen Parteien und Organisationen". In „diesem Bündnis arbeiten Mitglieder der NPD, der DP, der CSU(!), des Konvents der Russlanddeutschen und der freien Kameradschaften mit ehemaligen Mandatsträgern und Funktionären der Republikaner und des BFB eng zusammen für den Sturm auf das Münchner Rathaus".

Vor Ort stellt sich „Pro München" als „das Sprachrohr des „kleinen Mannes" und als „sozial-patriotische Kraft" dar, „die die Sorgen und Probleme der Münchner aufgreift und interessante Lösungskonzepte anbieten kann".

Als Stimme der „Mehrheitsmeinung der Einheimischen" versteht sich Stefan Werner, einer der Sprecher von „Pro München". Der hatte zuletzt 2005 als Mitglied der extrem rechten „Deutschen Partei" auf der Liste der neofaschistischen NPD für den Bundestag kandidiert. Die Forderung nach „Wiederherstellung Münchner Identität anstatt fortschreitende Überfremdung" gehört denn auch zu den Prioritäten von „Pro München".

Ein Drittel der Bevölkerung Münchens, nämlich diejenigen mit Migrationshintergrund, würden damit faktisch ausgegrenzt. Und die „Multi-Kulti-Fanatiker", wie sie „Pro München" nennt, natürlich auch. Auch die Aktivitäten gegen den geplanten Moscheebau im Stadtteil Sendling nutzt „Pro München" zur Profilierung.

Mit Blick auf den sogenannten „Integrationsgipfel" heißt es auf der Webseite von „Pro München": „Die türkischen Interessenverbände – auch in München – haben jedenfalls keine Forderungen zu stellen. Sie können sich dann auch nicht darauf berufen, dass sie Passdeutsche sind. Denn wenn sie Deutsche wären, warum vertreten sie dann türkische Interessen? Sie brauchen sich also auch nicht zu wundern, wenn sie von einem Großteil der Deutschen nicht als Deutsche angesehen werden". Wo sich „Pro München" politisch verortet, konnte man auch auf dem „9. Münchner Neujahrstreffen" Ende Januar in Fürstenfeldbruck sehen. Auf der gemeinsam mit der „Deutschen Partei" (DP) organisierten Veranstaltung in der Hotelgaststätte „Hasenheide" sprachen neben dem DP-Bundesvorsitzenden auch der Chef der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, und der bayrische NPD-Landesvorsitzende Ralph Ollert. Thomas S. Fischer, der viele Jahre für die nationalistische „Deutschland-Bewegung" aktiv war und gegen den in der CSU ein Ausschlussverfahren läuft, sprach über den desolaten Zustand seiner Partei. Rüdiger Schrembs, einer der drei Sprecher von „Pro München" und zugleich im Landesvorstand der NPD, rief die Bürger der Landeshauptstadt dazu auf, „der großen Alternative in der Stadtpolitik ihre Stimme zu geben". In den Farben schwarz-gelb erschien im Dezember 2006 mit einer Startauflage von 25 000 Exemplaren eine erste Zeitung von „Pro München". Mit regelmäßigen Informationsständen und „kreativen Aktionen" will man nun „Pro München" bekannt machen und „die Schweigespirale der Medien" unterbrechen. Gerne schmückt man sich auch mit dem Wahlerfolg von „Pro Köln" in der Domstadt. Die stellvertretende Vorsitzende von „Pro Köln" bzw. „Pro NRW", Judith Wolter, kürzlich erneut Interviewpartnerin der „Deutschen Nationalzeitung" des DVU-Chefs Frey, war bereits zu Gast in München und begeisterte über 70 Zuhörer vom Konzept eines „Aufbaus von unten".

Ob der von „Pro München" anvisierte Ratseinzug in Fraktionsstärke im März 2008 auch tatsächlich erfolgen wird, steht derzeit noch in den Sternen. Aber auch anderswo in Bayern blickt man aufs Rheinland. Im mittelfränkischen Weißenburg-Gunzehausen gründeten kürzlich zahlreiche ehemalige Mitglieder der sog. „Republikaner" den ersten bayerischen Kreisverband von „Pro Deutschland". *hma* ■

Kusch-Partei

HAMBURG. Die von dem ehemaligen CDU-Justizsenator Roger Kusch mitgegründete Partei „Heimat Hamburg" hat sich umbenannt. Künftig heißt die Partei „Rechte Mitte Heimat Hamburg" und führt die Kurzbezeichnung „Kusch". Ob ein Name schon ausreicht, um 2008 in die Bürgerschaft einzuziehen, wird sich noch zeigen.

Zumal es viel Konkurrenz auf der rechten Seite gibt. Auch die eher katho-

lisch geprägte „Deutsche Zentrumspartei“ hofft in Hamburg auf einen Wahlerfolg. Ihr Spitzenkandidat für die Bezirksversammlung Mitte ist Peter-Alexander von der Marwitz. Der Wirtschafts- und Unternehmensberater war stellvertretender Bundesvorsitzender der „Offensive D“ und ließ sich Ende 2005 vom „Republikaner“-Organ „Zeit für Protest“ interviewen. In Bergedorf kandidiert Dirk Nockemann, der früher bei der „Schill-Partei“ war. Auf den Webseiten der Hamburger „Zentrumspartei“ ist die Rede vom „immer unverschämter auftretenden Islam“, dem unsere Politiker „Sonderrechte“ einräumen. „Christlich und konservativ orientierte Bürger“ hätten hingegen „keine politische Heimat mehr“. Auch die jüngst in Bremen nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte Wählervereinigung „Bürger in Wut“ hält eine Teilnahme an der Hamburger Wahl zumindest für möglich. Eine Entscheidung darüber wird voraussichtlich im Herbst fallen. *hma* ■

Bocholt stellt sich quer

Bocholt. Die Bürgerinitiative „No Nazis. Bocholt stellt sich quer!“ hat am Wochenende die Planung ihrer Gegendemonstration gegen den Nazi-Aufmarsch am 8. September festgelegt. Demnach ist am 8. September ab 10.00 Uhr am Bocholter Bahnhof zunächst eine Auftaktveranstaltung mit Musik, Kultur und Redebeiträgen geplant, bevor sich der Demonstrationszug um 12.30 Uhr in Richtung Innenstadt in Bewegung setzen wird.

Bei der Gegendemonstration durch die Innenstadt hofft die Bürgerinitiative auf weitere Demonstrationszüge zu stoßen, um dann gemeinsam in Richtung Historisches Rathaus zu gehen, wo die rechtsextremistische NPD und ihre Jugendorganisation mit den so genannten „Freien Kameradschaften“ und anderen Nazis aus dem In- und Ausland für 14.00 Uhr eine landesweite Kundgebung durchführen will.

„Sollten die Nazis einen anderen Platz zugewiesen bekommen, werden wir auch dort demonstrieren und deutlich machen, dass die NPD und ihre Anhänger in Bocholt unerwünscht sind“, heißt es in der Pressemitteilung. Am späten Nachmittag ist dann von der Bürgerinitiative noch eine Abschlusskundgebung am Bahnhof geplant.

Der Aufruf der Bürgerinitiative zur Gegendemonstration am 8. September wird mittlerweile von vielen Einzelpersonen und Organisationen unterstützt wie Attac, DGB, ver.di, Siemens-Betriebsrat, Die Grünen und DIE LINKE. Weitere Unterstützer, auch Einzelpersonen, werden im Internet unter www.bocholt-stellt-sich-quer.de veröffentlicht.

Am 4. August machte die Initiative mit einem Aktionsstand in der Bocholter Innenstadt auf ihre Unterschriftenaktion „NPD-Verbot jetzt“ aufmerksam. Fast 900 Unterschriften für ein Verbot der rechtsextremistischen NPD wurden dabei gesammelt. Der Bocholter Aufruf „Wir sagen nein zu Nazis in unserer Stadt!“ stieß ebenso auf ein großes Echo.

„Wir hatten alle Hände voll zu tun, es hat aber großen Spaß gemacht und die Bürger hatten sich sehr erfreut darüber gezeigt, dass die Bürgerinitiative ins Leben gerufen wurde und sich gegen Nazis engagiert“, so das Resümee der rund 20 Aktivisten, die bis zum nächsten Infostand in vier Wochen jetzt auch in Betrieben, in Gaststätten, in öffentlichen Einrichtungen und in Geschäften Unterschriften sammeln wollen.

Auch der Aufruf der Bürgerinitiative zur Gegendemonstration und Kundgebung kam gut bei den Bürgern an. „Wir rechnen am 8. September mit 1.000 plus X Teilnehmern, versuchen aber ganz Bocholt und Umgebung auf die Straße zu bekommen“, so eine Teilnehmerin der Bürgerinitiative. Gefragt waren auch die Aufkleber „No Nazis. Bocholt stellt sich quer“ und T-Shirts mit der gleichen Aufschrift, von denen bereits fast 100 von Bocholter Bürgern getragen werden. Weitere Infos im Internet unter www.bocholt-stellt-sich-quer.de. Dort können auch Materialien im Kampf gegen Rechts wie Unterschriftenlisten und der Aufruf zur Gegendemonstration heruntergeladen werden.

Rainer Sauer
Bürgerinitiative „No Nazis. Bocholt stellt sich quer!“ ■

Rechtsextremist in Sachsen beim Bau einer Bombe schwer verletzt

Görlitz. Beim Bau einer Rohrbombe ist ein Anhänger der rechten Szene im sächsischen Leutersdorf schwer verletzt worden. Wie eine Polizeisprecherin in Görlitz mitteilte, wurde der 20-Jährige in ein künstliches Koma versetzt. Weitere Personen seien nicht verletzt worden. Der Staatsschutz habe die Ermittlungen aufgenommen. In der Wohnung des Mannes im Landkreis Löbau-Zittau sei rechtsextremistisches Propagandamaterial gefunden worden.

Der Mann wollte den Angaben zufolge in seiner im Erdgeschoss eines Mehrfamilienhauses liegenden Wohnung am Mittwochabend aus verschiedenen hochexplosiven Chemikalien eine Rohrbombe bauen, als der Sprengkörper explodierte. Er habe schwerste Verbrennungen am ganzen Körper erlitten. In dem Gebäude habe sich zu diesem Zeitpunkt sonst niemand aufgehalten. Bei der anschließenden Durchsuchung der Wohnung hätten Spezialisten weitere hochexplosive Chemikalien gefunden. Da ein Abtransport zu gefährlich gewesen sei, habe man diese Chemikalien vor dem Gebäude auf einer Wiese kontrolliert gesprengt, sagte die Sprecherin.

nach Presseberichten ■

NPD-Nazikonzert („Fest der Völker“) in Jena

Jena. Am 8. September 2007 plant Ralf Wohlleben, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Thüringen und Vorsitzender der NPD Jena, zum dritten Mal unter dem Titel „Fest der Völker“ die Durchführung einer Neonazi-Veranstaltung im thüringischen Jena. Die Veranstaltung findet wie immer unter maßgeblicher Beteiligung des in Deutschland (seit September 2000) verbotenen Neonazinetzwerkes „Blood and Honour“ statt. Sowohl die auftretenden einschlägigen Musikgruppen als auch die Vortragenden gehören „Blood and Honour“ oder anderen Neonazigruppierungen an. Abgesehen vom „Fest der Völker“ gibt es ähnliche Veranstaltungen der NPD in Thüringen auch in Gera (unter dem Titel „Rock für Deutschland“), bei denen unter dem Vorwand einer politischen Demonstration – ungestört von Polizei und Behörden – neonazistische Musikgruppen auftreten können. Die braunen Strategen der NPD haben längst erkannt, dass über Musik viele SympathisantInnen für ihre rassistische und neonazistische Politik zu gewinnen sind. Trotz der offen neonazistischen Ausrichtung geniesst die NPD mit ihren Veranstaltungen weitestgehende Toleranz bei den verantwortlichen Behörden. Diese müssen sich fragen lassen, wie es möglich ist, dass sich unter Ausnützung des Demonstrationsrechtes Mitglieder von verbotenen, neonazistischen Organisationen in Deutschland treffen können, um ihre rassistische, antisemitische und menschenverachtende Hetze zu verbreiten. →

Wie in den Jahren 2005 und 2006 soll auch in diesem Jahr Bojan Rassate, der Anführer der bulgarischen Neonazi-Vereinigung „Gvardija“, als Redner teilnehmen. Illés Zsolt („Elek“) (führender Vertreter der ungarischen „Blood and Honour“-Sektion) war so wie Stephen Swinfen (führendes Mitglied der englischen Mutterorganisation von „Blood and Honour“) und Nick Giohalas (Vertreter der nationalistischen „Golden Dawn“-Bewegung in Griechenland) schon im Jahr 2005 dabei. Alessandro Mereu, Leiter der italienischen Neonazi-Organisation „Vertice Primo“ sowie Sänger der einschlägigen Band „Hate for breakfast“ war auch 2006 schon dabei.

Die italienische Band „Ultima Frontiera“ trat bereits mehrmals bei Neonazikonzerten in ganz Europa in Erscheinung. Am 17. September 2005 trat die Gruppe etwa anlässlich einer Veranstaltung der Schweizer Division der Neonaziorganisation „Blood and Honour“ in Brig zusammen mit anderen braunen Bands wie „Tear Down“ (USA), „Amok“ (CH), „Helvetica“ (CH), „Feldherren“ (D) und „Sleipnir“ (D) auf.

Die letztgenannte Band „Sleipnir“, eine bekannte deutsche Rechtsrockgruppe, soll ebenfalls in Jena auftreten. Am 16. Oktober 2004 konnte die Band „Ultima Frontiera“ – wieder ungehindert von Polizei und Behörden – zusammen mit anderen Nazibands bei einem „Blood and Honour“-Konzert in Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern) auftreten In ihrem Lied „Berlin bleibt deutsch“ (Originaltitel) auf dem 2003 produzierten Tonträger „Non ci sono piu eroi“ heißt es (übersetzt): „Ich verteidige Berlin und ganz Europa, die Heimat, die Ehre und Treue. Das eiserne Kreuz weht hoch im Wind, vorwärts ich gebe nicht auf. Berlin bleibt deutsch, so steht es an der Wand. Berlin bleibt deutsch, im Herzen eingebrannt. Berlin bleibt deutsch, heißt jetzt meine Ehre“. Der Titel des Liedes bezieht sich offensichtlich auf den Befehl „Berlin bleibt deutsch, Wien wird wieder deutsch und Europa niemals russisch“, den Adolf Hitler im April 1945 gab, als die Befreiung Berlins von der nationalsozialistischen Diktatur durch die russische Armee bevorstand. (Quelle: http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0416/politik/ 0091/index.html)

Die tschechische Band „Conflict 88“, die in der Veranstaltungswerbung der NPD nur als „Conflict“ bezeichnet wird, um deren ideologische Orientierung zu vertuschen, trat zusammen mit der ebenfalls für Jena geplanten Band „Before the War“ etwa bei einem „Blood and Honour“-Konzert am 26. März 2005 im tschechischen Jablonne v Podjested auf (Link: http://afa13.antifa.net/PrintArticle59.html). Die Zahl „88“ im Bandnamen steht für zwei mal den achten Buchstaben des Alphabets, wobei damit „Heil Hitler“ gemeint ist. Am 17. September 2005 trat die Band anlässlich eines Konzertes von „Blood and Honour“ und ihrer militanten Terrororganisation „Combat 18“ im tschechischen Krtetice auf (Quelle: Tschechische Nachrichtenagentur „ÈTK“) wobei anwesende Journalisten „Sieg Heil“-Rufe und andere einschlägige Parolen wahrnehmen konnten. Link: http://www.tschechien-online.org/news/1131-neonazi-skinhead-konzert-polizei-schaut-untatig/. Laut „ÈTK“ wurde der Sänger von „Conflict 88“, Petr Ouda, in Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen „Blood and Honour“ strafrechtlich verfolgt.

Die britische Band „Brutal Attack“, die bereits 1980 gegründet wurde, gehört zum „Urgestein“ der britischen Neonaziszene. Die Gruppe hat rund 30 einschlägige rassistische und neonazistische Tonträger veröffentlicht und war an einer Reihe von Split-Tonträgern und Samplern beteiligt. In ihrem Lied „Aryan Child“ auf dem Tonträger „White Pride – White passion“ heißt es etwa (übersetzt): „Arisches Kind hör zu was gesagt wird. Erheb deine Hand und lerne dein Land zu lieben. Für die weiße Revolution braucht es deine reine Hand (…)“. In ihrem Bandlogo verwendet die Gruppe die in Deutschland verbotene „Sigrune“.

Link zum Text xt:http://fightfascism.word-press.com/2007/07/12/
Gegenaktionen: http://jena.antifa.net/ ■

Sachsentag“ statt „Pressefest“

DRESDEN. Einen „Sachsentag“ will die NPD-Jugendorganisation JN zusammen mit Neonazis aus „Freien Kräften“ am 4. August in Dresden-Pappritz veranstalten. Das im Vorjahr dort abgehaltene „Deutsche Stimme-Pressefest“ fällt in diesem Jahr aus, teilte die NPD Sachsen in einer kargen Meldung mit. Angekündigt sind einige Rechtsrock-Musiker wie Asynja (Schweden), Sachsonia und Frontalkraft (beide Deutschland) und die Sängerin „Viking“ (Francesca Ortolani, Italien). Als Veranstalter werden auf einer eigens geschalteten Webseite nicht nur die JN, sondern auch „Freie Kräfte“ genannt. Neben NPD-Chef Udo Voigt und Holger Apfel soll auch Sebastian Richter reden. Richter ist nicht nur führender Kopf der Neonazis in der Lausitz, sondern seit September 2006 auch JN-Landesvorstands-Mitglied.

Im nächsten Jahr soll das „Pressefest „mit einem veränderten Konzept“ neu gestartet werden. Das nun ausfallende „Pressefest“ hatte laut einer früheren Mitteilung der NPD-Frauenorganisation RNF (Ring Nationaler Frauen) „ganz im Zeichen von Familie und Kindern“ stehen sollen.

Quelle: www.redok.de, 8.7.2007 ■

Neue Antifa-Recherche-Broschüre über Teltow-Fläming erschienen

Das Antifa Recherche Team Teltow-Fläming (ART-TF) hat eine neue Ausgabe der Recherche-Broschüre „Antifa Blickpunkt“ veröffentlicht. Schwerpunktmäßig handelt diese von den seit ca. zwei Jahren aktiven, rechtsextremen, sog. „Freien Kräften Teltow-Fläming“ (FKTF). Laut ART-TF handelt es sich bei dieser Neonazi-Gruppierung, die vor allem im nördlichen Teil des Landkreises agiert, „um einen losen Personenzusammenhang nach dem Organisationskonzept der sog. „Autonomen Nationalisten“, das sich vor allem durch Aktionismus als durch eine inhaltlich fundierte Ideologie auszeichnet.“ (Zitat aus Antifa Blickpunkt) Akteure dieses Zusammenhangs sind regelmäßig auf Naziaufmärschen im Raum Berlin/Brandenburg anzutreffen und zeichnen sich vor allem durch Propagandaaktivitäten aus. Aktionsschwerpunkte sind in Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow.

Die Broschüre soll engagierten Menschen Aufschlüsse und Ansatzpunkte für nachhaltige, antifaschistische und kreative Aktionen bieten, aber auch Anwohner sowie Medien über das Treiben der noch relativ jungen Nazigruppierung aufklären. Die Broschüre ist derzeit Online zu beziehen unter:

http://www.box.net/shared/7rgpuooo0k
http://rapidshare.com/files/43837003/AntifaBlickpunkt.pdf.html
http://media.de.indymedia.org/media/2007/07//188394.pdf ■

Überfall auf das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzen

WURZEN. In der Nacht vom 6. zum 7. Juli betraten gegen 0.30 Uhr drei mutmaßlich der rechtsextremen Szene zugehörige Männer, von denen einer ein T-Shirt der Neonazi-Band Skrewdriver trug, das Vereinshaus des Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK) am Wurzener Domplatz. Zu diesem Zeitpunkt befand sich noch ein ehrenamtlicher NDK-Mitarbeiter in den Büroräumen. Mehreren Aufforderungen, das Haus zu verlassen, widersetzten sich die Männer. Als der NDK-Mitarbeiter die Polizei rufen wollte, versuchte einer der Männer ihn zu würgen. Der Mitarbeiter konnte jedoch fliehen. Von den drei Männern wurden ein Laptop, Kleingeld aus der Kaffeekasse sowie ein Aktenordner entwendet. Der Aktenordner enthielt die Unterschriften von rund 1.300 Wurzener Bürgerinnen und Bürgern, die sich nach dem Bombenanschlag auf das NDK im November 2004 mit dem Verein solidarisch erklärt hatten. Der Mitarbeiter erstattete Anzeige bei der Polizei.

http://www.ndk-wurzen.de ■

Landkreis Soltau-Fallingbostel immer noch Nazi-Hochburg

Antifaschistische Bündnis an vielen Stellen erfolgreich

SOLTAU. Das Bündnis aus Antifaschistischer Initiative, DGB-Kulturarbeitskreis und Gewerkschaften, Jusos, SPD, Bd.90/ Die Grünen, Die Linke reflektierte die gemeinsame Arbeit der letzten Monate und diskutierte künftige Vorhaben. Die vom DGB-Kulturarbeitskreis zusammengestellte Liste der Nazi-Aktivitäten der letzten 20 Monate im Kreis SFA füllt viele Seiten. Das reicht von Propagandaaktionen, Stör- und Anbiederungsversuchen, Verfolgung von Nazigegnern bis zu gefährlichen Körperverletzungen. Das Bündnis hielt mit sehr gut besuchten Info-Veranstaltungen und Aktionen dagegen. „Nazis konnte die Teilnahme erfolgreich verwehrt werden“, freut sich Nicole Meyer von der Antifa-Jugend.

Dass zur Aufklärung über den heidnisch-gemanischen „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer) eV“ erstmals eine überregionale Öffentlichkeit erreicht werden konnte und über hundert Menschen, darunter viele Gewerkschafts- und Parteisprecher sowie Kommunalpolitiker, an der Mahnwache vorm Tagungslokal der Ludendorffer teilnahmen, wertete das Bündnis gegen Rechts als starkes Signal.

In der Antwort auf eine Parlamentsanfrage erklärte 1996 die Bundesregierung: In der Ludendorffer-Schrift „Mensch und Maß“ „und bei Veranstaltungen des Bund für Gotterkenntnis wird die antipluralistische und rassistische, insbesondere antisemitische Weltanschauung der Mathilde Ludendorff vertreten“.

Pastor Jürgen Schnare, Weltanschauungsbeauftragter der Evangelischen Landeskirche Hannover, nannte die Ludendorffer 2007 eine „Bedrohung für die Demokratie“. Erneut hat ein Verein seinen Treffpunkt gewechselt, weil es zugleich Stammlokal der Ludendorffer ist.

Die Arbeit des Antifaschistischen Bündnisses hat zur Folge, dass die Kameradschaft „Snevern Jungs“ als harte Nazitruppe entlarvt ist und sich nicht weiter hinter Blutspenden und Preisskat verstecken kann. Im Raum SFA und Umgebung rekrutieren Nazis junge Menschen durch Erlebnisangebote und machen durch Gewalttaten von sich reden. In Schneverdingen gab es am 9.6.07 bereits den ersten NPD-Stand zur Landtagswahl, während in Bomlitz besonders viel Infoblätter und Aufkleber verbreitet wurden. Der Gemeinde-Bauhof und junge AntifaschistInnen beseitigten die unmenschliche Propaganda.

Das Bündnis verabredete zahlreiche Aktivitäten. So will man sich gegen Abschiebungen von Kindern und Familien einsetzen, die Juso-Aktion „Gesicht zeigen“ unterstützen, gegen Rechtsextremismus an Schulen und den NPD-Landtagswahlkampf vorgehen und anderes mehr. Mit den Worten: „Es gibt viel zu tun, packen wir’s an“, beschloss DGB-Sprecher Charly Braun das Bündnistreffen.

Pressebericht des Bündnisses 12.7.2007

Öffentlicher Aufruf der Initiative Elftausend Kinder

Berlin/Oswiecim. Mit einer Zugstafette wollen deutsche Bürgerinitiativen an die Deportationen von über 12 000 jüdischen Kindern und an die Verschleppung Jugendlicher aus zahlreichen anderen Opfergruppen während des Faschismus erinnern. Der Zug soll im Herbst auf der Strecke der früheren Deportationen der Reichsbahn verkehren und die Heimatstädte der verschollenen Kinder ansteuern. Mit einem Aufruf hat sich die Initiative Elftausend Kinder jetzt an die Öffentlichkeit gewandt, um zur Unterstützung dieser Aktion aufzurufen und Bilanz zu ziehen über die bisherigen Aktionen. Wir dokumentieren das Schreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Ihrer Unterschrift, Ihrer Geldspende oder Ihrer Teilnahme an Veranstaltungen in den deutschen Bahnhöfen haben Sie die bundesweiten Bemühungen um ein Gedenken an die 11.000 deportierten jüdischen Kinder aus Frankreich maßgeblich unterstützt. Seit Beginn dieser Aktivitäten sind über zwei Jahre vergangen. Es scheint uns an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Sie ist positiv und ermutigend.

Unsere gemeinsamen Proteste gegen die Geschichtsvergessenheit der heutigen Bahn AG (der historischen Erbin des „Reichsbahn“-Unternehmens) haben den hartnäckigen Widerstand des Bahn-Vorstands aufweichen können. Ende 2006 kündigten Bahn AG und Verkehrsministerium an, unseren Forderungen wenigstens teilweise entsprechen zu wollen – durch eine Ausstellung im Jahr 2008. Eine unmittelbare Beteiligung der deutschen Bürgerinitiativen wiesen sie jedoch zurück. Die politische Wertung der Deportationen, deren Anstifter und Verantwortliche in der Bundesrepublik nie bestraft wurden, soll ohne uns, ohne Sie und die deutsche Öffentlichkeit stattfinden. Als wir gegen diese Anmaßung am 27. Januar diesen Jahres erneut auf den Bahnhöfen demonstrierten, setzte die Bahn AG Gewalt ein.

Seit diesen Ereignissen, die Gegenstand mehrerer parlamentarischer Anfragen im Deutschen Bundestag waren, schweigen Bahn AG und Verkehrsministerium. Um die Inhalte der angekündigten Ausstellung fand in deren Hinterzimmern ein monatelanges, entwürdigendes Tauziehen statt. Dabei ging es weniger um das Gedenken an die deportierten Kinder als um staatliche Deutungshoheit. Da dieses Verfahren bei den Oppositionsparteien auf Unwillen stieß, mussten die Berliner Verantwortlichen ein weiteres Mal klein beigeben: Der französischen Opferorganisation um Beate Klarsfeld („Fils et Filles des Déportés Juifs de France“), deren direkte Beteiligung stets abgelehnt worden war, wurde endlich ein Angebot unterbreitet. Innerhalb der Bahn-Ausstellung könnten sie eine eigene Fläche gestalten.

Foto: german-foreign-policy

Dies ist ein weiterer Erfolg unserer gemeinsamen Bemühungen. Den Angehörigen der Opfer musste endlich zugestanden werden, was selbstverständlich ist: Über das Gedenken bestimmen vor allem sie, nicht jedoch die Nachfolgeinstitutionen der Täter.

Ob die Ausstellung, an der die französische Opferorganisation teilnehmen darf, je zustande kommt, wissen wir nicht. Sollten Bahn AG und Ministerium ihre unter Druck erfolgte Zusage einhalten, wünschen wir „Fils et Filles des Déportés →

Juifs de France“ und Beate Klarsfeld einen würdigen Rahmen. Ihrer historischen Aufarbeitung der Opfer- und Tätergeschichte ist die öffentliche Aufmerksamkeit für den Leidensweg der deportierten Kinder aus Frankreich zu verdanken.

Aber was ist mit dem Leidensweg der deportierten jüdischen Kinder in und aus Deutschland? Was mit den deportierten Kindern der Sinti und Roma? Wie verhalten sich Bahn AG und das vorgesetzte Verkehrsministerium gegenüber einem Großverbrechen, das in fast sämtlichen europäischen Staaten stattgefunden hat? Darauf geben die historischen Erben der „Reichsbahn“ den deutschen Bürgerinitiativen noch immer keine Antwort. Die seit über 60 Jahren betriebene Taktik des Schweigens setzen sie fort und rechnen mit der Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit. Diese Rechnung, in deren Folge Rassenwahn und Rechtsextremismus um sich greifen, wird nicht aufgehen. Bei Beginn unserer Aktivitäten haben wir angekündigt, den Kindern endlich die verweigerte Ehre zu erweisen und gegen Widerstände unbeirrt vorzugehen. Diese Ankündigung machen wir wahr.

Wir unterstützen den in diesen Tagen an die Öffentlichkeit tretenden Verein „Zug der Erinnerung“, der auf breiterer Grundlage an unsere Aktivitäten anschließt. Wie der Verein ankündigt, wird er noch in diesem Herbst einen historischen Zug mit einer Gedenkausstellung auf den früheren Deportationsstrecken durch Deutschland fahren lassen, um an die hier geborenen Kinder zu erinnern – und an all die anderen aus den ehemals besetzten Staaten Europas. Auf diese Weise wird das Gedenken noch unmittelbarer und öffentlichkeitswirksamer in die Bahnhöfe getragen werden, als wir es seit 2005 mit geringeren Mitteln vermochten.

Wir bitten herzlich um Ihre großzügige Unterstützung für den „Zug der Erinnerung“, dessen Weg nach mehrmonatiger Fahrt in der Gedenkstätte Auschwitz enden soll – dort, wo die meisten der Kinder ihr Leben lassen mussten.

Nehmen Sie Kontakt mit den Koordinatoren auf, um den „Zug der Erinnerung“ in Ihre Stadt, in Ihre Region zu holen – damit der dort verschleppten Kinder gedacht werden kann. Unterstützen Sie dieses umfassende Erinnerungsprojekt, das sich gegen das Erstarken der extremen Rechten wendet und dem Widerstand der Institutionen mit unserer Unbeirrbarkeit begegnet.

Initiative Elftausend Kinder
Berlin/ Darmstadt/Frankfurt a.M./Göttingen/ Halle / Leipzig/Mannheim/Weimar u.a., i.A.
Tatjana Engel, 8. Juli 2007
Kontakt:
http:www.zug-der-erinnerung.eu ■

Deutsche Schuld und deutsche Ignoranz

Vor 65 Jahren wurden in Minsk 335 Kölner Kinder ermordet

Die Aktion verlief planmäßig: Am 20. Juli 1942, Punkt 15 Uhr, verließ von Köln-Deutz aus der Reichsbahnzug DA 219 mit 1164 jüdischen Menschen aus Köln und umliegenden Ortschaften die Domstadt. Das Kürzel »DA« vor der Zugnummer stand amtlich für »Deutsche Aussiedler«, intern für »Davidzug«. Mit im Zug waren auch 335 Kinder im Alter zwischen vier Monaten und 19 Jahren.

Die Erwachsenen waren mit Datum vom 14. Juli durch die Gestapo aufgefordert worden, sich am 19. des Monats mit einer festgelegten Menge Handgepäck in den Deutzer Messehallen zur »Umsiedlung« einzufinden. Die zur Deportation vorgesehenen Juden hatten für die Reise nicht nur die vorgeschriebene »Reichsfluchtsteuer«, sondern auch 50 Reichsmark für ihre Fahrkarte zu zahlen. Die SS erhielt für die »Gruppenreisen« einen Mengenrabatt. Für Kinder unter zehn Jahren war nur die Hälfte zu zahlen. Die Fahrt des Sonderzuges verlief derart reibungslos, dass die Reichsbahn die Waggons eine Nacht auf ein Abstellgleis abschieben musste, um die im Fahrplan vorgesehene Ankunft in Minsk einzuhalten. So traf der Transport dann planmäßig am 24. Juli, 6.42 Uhr, in Minsk zum »Dienstbeginn« des dort bereitstehenden Exekutionskommandos von SS und Sicherheitsdienst ein. Auch das, was folgte, verlief im Wesentlichen nach Plan.

Die Ankömmlinge wurden sofort auf Transportfahrzeuge verladen und ohne Umwege in ein Waldstück hinter dem Vernichtungslager Maly Trostenez verbracht. Hier wurden sie, wie der SS-Unterscharführer Arlt in seinen Tätigkeitsberichten vom Mai bis August 1942 schreibt, »von uns betreut« (zitiert nach Paul Kohl: »Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941-1944«, 1995). Die Massenmorde an diesem Ort umschreibt er immer wieder mit: »Juden wurden zu Grabe gebracht.« Im Klartext: Die erwachsenen Opfer hatten sich an den unter seinem Kommando bereits ausgehobenen Gruben bis auf die Unterwäsche auszuziehen und niederzuknien. Sie wurden durch Genickschuss ermordet und in den Gruben verschart, oder, wie es in SS-Berichten hieß, »der Erde übergeben«. Kleine Kinder wurden lebendig in die Gruben geworfen, dann mit dem Maschinengewehr getötet.

Die »Arbeit«, das heißt die Ermordung von rund 1000 Juden, war nach Aussagen Beteiligter in der Regel in 90 Minuten abgeschlossen. Am 3. August 1942 notiert Arlt in dem Bericht über die Tätigkeit seiner Gruppe: »Das Betragen der Männer ist in und außer Dienst gut und gibt zu keiner Beanstandung Anlass.« Beim Anrücken der Roten Armee begannen im November 1943 Sonderkommandos mit der, wie es offiziell hieß, »Enterdungsaktion«, um die Spuren der Massenmorde zu beseitigen. Die Leichen wurden ausgegraben, auf Scheiterhaufen gestapelt, mit Benzin übergossen und verbrannt.

Der Kölner Jürgen Naumann hat sich auf die mühevolle Spurensuche der über viele Jahre aus dem öffentlichen Gedächtnis verdrängten 335 Kölner Kinder gemacht. Er berichtet darüber in seinem Dokumentarfilm »Die vergessenen Kinder von Köln«, der jüngst in der Filmreihe der Berliner Stiftung Topographie des Terrors vorgestellt wurde.

Bei seinen Recherchen über den Generalkommissar von Weißrussland, Wilhelm Kube, war er auf Berichte über das →

Vernichtungslager Maly Trostenz bei Minsk gestoßen. 1981 wurden dann im »wissenschaftlichen Nachlass« des ehemaligen Leiters des Sittenamtes an der Universität Köln Kopien der Deportationslisten vom 20. Juli 1942 gefunden, auf denen auch die Namen der Kinder aufgeführt waren, die nach Räumung des Waisenhauses im jüdischen Realgymnasium Jawne untergebracht worden waren. Bis zum Fund der Listen war auch die genaue Zahl der Opfer nicht bekannt. Die SS hatte die Deportationslisten vernichtet. Überlebende gab es nicht, auch keine in Deutschland lebenden Angehörigen.

Für die 335 Kinder hatte sich ohnehin kaum einer interessiert, handelte es sich doch um Waisenkinder oder Kinder, die durch frühere Deportationen von ihren Eltern getrennt worden waren. Als rassisch »minderwertig« waren sie vogelfrei. Von vielen Kindern existierte nicht einmal ein Foto.

Naumann enthält sich im Film der Kommentierung. Er lässt verschollen geglaubte Dokumente, in Archiven und auf dem Trödelmarkt in Minsk gefundene Filmaufnahmen von der »Enterdung« der Massengräber und einige von über 150 Schülern der »Jawne« sprechen, denen es Dank des Einsatzes des Schuldirektors Erich Klibansky gelungen war, frühzeitig Deutschland zu verlassen. Klibansky, seine Frau und seine drei Söhne mussten am 20. Juli 1942 mit auf die Todesreise.

Im Abspann des Films ist in wenigen Worten vermerkt, dass die Täter trotz eingeleiteter Ermittlungsverfahren unbehelligt geblieben sind. Nach den Tätern befragt, erzählt Naumann, dass sie sich alle auf »Befehlsnotstand« berufen haben. Einige hätten gesagt, sie seien zwar dabei gewesen, hätten aber nur abgesperrt, nicht geschossen. Nicht Mord, sondern lediglich »Beihilfe« blieb am Ende – und die war verjährt. Also Freispruch für die Mörder.

Drei Jahre hat er versucht, seinen Film beim Westdeutschen Rundfunk (WDR) unterzubringen. »Nicht schon wieder«, war von dort zu hören. Dann wurde er im November 2006 schließlich doch, zu später Stunde um 23.15 Uhr, ins Programm genommen.

Bei der Entlastung von historischer Schuld haben andere Themen, Vertreibung, Bombenkrieg und Kriegsgefangene, Vorrang, sagt Naumann. »Die Gesellschaft beginnt sich eine Vergangenheit zu suchen, mit der man besser leben kann.«

Hans Canjé
aus Neues Deutschland, 21.7.07 ■

Das Dilemma der Kölner Moscheediskussion

Wie geht die Linke mit Partizipation, Toleranz und Religionsfreiheit um?

Während die Bundesregierung durch ihre jüngsten Show-Veranstaltungen, den Integrations- oder Islam-Gipfel der Öffentlichkeit ein Bild angeblich „gelungener Integration" präsentieren will, manifestiert sich in Köln eine spektakuläre und wenig effizient geführte Kontroverse über den Bau einer Großmoschee. Es ist verwunderlich, dass diese Diskussionen gerade in einer Großstadt wie Köln geführt werden, die über eine 2000 Jahre alte Migrationsgeschichte verfügt und sich gern als Beispiel für praktizierende kulturelle Vielfalt darstellt.

Die seit Monaten geführte Kölner Moscheedebatte, die sowohl in den Medien als auch von bürgerlich rechten sowie neonazistischen Parteien kampagnenartig und polarisierend – inzwischen auch europa- und weltweit – ausgetragen wird, hat eine oberflächlich geführte Grundsatzauseinandersetzung zwischen Kulturen und Religionen ausgelöst, die zweifelsfrei das friedliche Miteinander gefährdet und sich zunehmend in das trübe Fahrwasser der Verwirrung manövriert.

Foto: Carl H. Ewald, NRhZ online

Die Kölner Moscheediskussion fällt nicht vom Himmel. Seit den Anschlägen des 11. Septembers, dem Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo Van Gogh, den Selbstmordattentaten in London, dem Bombenanschlag in Madrid und nicht zuletzt den geplanten Kofferbombenattentaten in Deutschland wurde medial wie politisch ein Feindbild konstruiert, das rechtspopulistische Ressentiments verfestigt, eine Islamophobie verbreitet und den Prozess hin zu einem gedeihlichen Zusammenleben hemmt. Samuel P. Huntingtons Werk „Kampf der Kulturen" hat hierfür sicherlich eine wichtige Steilvorlage geliefert.

Vor allem haben sich in diesem Zusammenhang für den Alltag bedeutsame Fragen in den Vordergrund gespielt, wie z.B. „Darf eine Schülerin oder eine Lehrerin ein Kopftuch tragen?", „Soll der Ruf des Muezzins in einer Moschee erlaubt werden?", „Gäbe es Skepsis und Argwohn gegenüber der Tatsache, dass die Minarette einer Moschee höher sind als vergleichsweise die Türme einer evangelischen oder katholischen Kirche?" Fragestellungen dieser Art sind offensichtlich eher kontraproduktiv.

Kontroversen in der Moscheediskussion

Es gibt bei der Moscheediskussion derzeit drei kontroverse Diskussionsstränge:

- Neonazistische Organisationen und rechtspopulistische Kreise haben sich von Anfang an gegen eine partizipative Migrationspolitik und somit auch gegen den Bau von Moscheen gestellt. Diese Linie verlangt von Migrant(inn)en ein nahezu bedingungsloses Anpassen an die Regeln, Gebräuche und kulturellen Gepflogenheiten dieses Landes und fordert offensichtlich eine „Assimilation". Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass die neonazistische Bürgerbewegung „Pro Köln" in ihrem Gründungsakt das „Verhindern einer Moschee" ganz groß auf ihre Fahne geschrieben und entsprechend öffentlich mobilisiert hat.
- Im Gegensatz zu dieser Position steht das unantastbare Recht der Migrant(inn)en auf kulturelle Selbstbestimmung und Religionsfreiheit. Konsequent bedeutet das, die kulturellen und religiösen Werte der Migrant(inn)en – ohne Religionsgemeinschaften und ethnische Minoritäten auszugrenzen – wahrzunehmen und sie auf der Grundlage demokratischer Grundwerte zu akzeptieren. Gerade fortschrittliche und die demokratischen Rechte verteidigenden Kräfte haben deshalb den Bau einer Moschee befürwortet und somit auch ein Zeichen für Religionsfreiheit und interkulturelles Zusammenleben gesetzt.
- Mitten in diese Auseinandersetzung ist eine dritte Argumentation geradezu hereingeplatzt, die der bekannte Kölner Autor Ralph Giordano mit starkem Medienecho in die Debatte eingebracht hat. Giordano stellt sich gegen den Bau der Moschee, weil er in diesem Vorhaben die Verschärfung einer gesellschaftlichen Polarisierung sieht, die auch zum Scheitern der Integration führe. Die deutlich islamfeind-

liche publizistische Intervention von Giordano als einem von Haus aus ausgewiesenen Antifaschisten ist besonders gefährlich, was sich auch prompt daran gezeigt hat, dass er rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Kräften eine Argumentationsvorlage lieferte, die dankbar aufgegriffen wurde. Daher ist es nicht ganz richtig, von einer dritten Alternative zu sprechen. Es ist empörend, dass Giordano alle Migrant(inn)en muslimischer Religionszugehörigkeit unter den Generalverdacht einer islamisch fundamentalistischen Weltverschwörung stellt. Emotional geprägte und unsachliche Meinungsäußerungen dieser Art fördern das Entstehen eines gefährlichen Zwiespalts zwischen der hiesigen Mehrheitsgesellschaft und den ethnischen Minoritäten.

Grundsätzlich gilt für linke Positionen, alle Spielarten des islamischen Fundamentalismus sowie Radikalismus abzulehnen und zu verurteilen, die theokratische Systeme anstreben, zum heiligen Krieg (Dschihad) aufrufen oder gar verzweifelte junge Menschen in Selbstmordattentate treiben. Doch die Moscheediskussion mit diesen Konflikten zu assoziieren, ist in keiner Weise produktiv, sondern integrationsfeindlich. Leider sind wir in diesem Lande immer wieder mit der Tatsache konfrontiert, dass das Bild von Muslimen von Ereignissen – bzw. von der medialen Aufbereitung von Ereignissen – geprägt wird, die sich im Ausland abspielen und hier verurteilt werden. Dass ist auch der Grund dafür, dass zwar sehr viel über Muslime und den Islam gesprochen wird, aber wenig mit Muslimen. Viele Deutsche kennen zwar die Blaue Moschee in Istanbul, haben aber das Gebetshaus in der Nachbarschaft noch nie betreten. Also, mehr Dialog wagen!

Das Verhältnis zur DITIB

Der Islam ist keine homogene Religionsgemeinschaft. Sicherlich gilt es im Islam auch eine hochgradig politisierte Religionsrichtung ähnlich dem katholischen Opus Dei oder den fundamentalistisch-evangelikalen Sekten in den USA, die sich gegenwärtig in vielen unterschiedlichen Varianten zeigen. So kann man davon ausgehen, dass der Islam in den einzelnen Ländern und Regionen seines Verbreitungsgebiets eine in sich sehr heterogene Bewegung ist. Allein in der Türkei gibt es zahlreiche Religionsgruppen, Ordensgemeinschaften und Sekten, die sehr unterschiedliche Positionen vertreten.

Angesichts dessen wäre es fatal, von einem einheitlichen Islam mit einheitlichen Aktionsformen zu sprechen. Darum kann auch der häufig formulierte Vorschlag, eine gemeinsame Moschee für alle islamischen Religionsgemeinschaften einzurichten, nicht richtig sein. Es wäre aufgrund der Heterogenität der verschiedenen muslimischen Strömungen unrealistisch, den Alleinvertretungsanspruch in Fragen des Islam einem der islamischen Verbände zu übertragen. Keine dieser Strömungen ist legitimiert, die Muslime insgesamt zu repräsentieren.

Die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) ist im Unterschied zu anderen islamischen Organisationen (Milli Görüs, VIKZ u.a.) keine Religionsgemeinschaft, sondern eine staatlich beeinflusste Institution, die 1985 in Köln gegründet wurde. Sie ist faktisch dem Religionsministerium in Ankara und dem Amt für religiöse Angelegenheiten der türkischen Botschaft in Berlin untergeordnet. Die türkische Regierung wollte durch die Gründung von DITIB in erster Linie unerwünschten islamischen Strömungen entgegenwirken und ihre eigene Islamvertretung stärken. Mittlerweile ist die DITIB einer der größten islamischen Dachverbände in Deutschland. Sie vertritt eine konservative Position, bekennt sich aber zu staatlich säkularen Prinzipien.

Seitenansicht der geplanten Moschee

Sowohl die türkische und die kurdische Linke als auch die Alewiten als Kultur- und Religionsgemeinschaft haben ein sehr gespaltenes Verhältnis zum sunnitischen Islam (als Mehrheitsreligion) und somit auch zur Institution DITIB. Bei der Linken wurzeln die Vorbehalte in der klassisch marxistisch begründeten Auffassung, dass „Religion das Opium des Volkes“ (Karl Marx) sei. Die Trennung von Konfession und Staat ist aus dieser Sicht eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Emanzipation, da die religiösen Bedürfnisse letztlich auf unmenschliche Verhältnisse verweisen, die es zu überwinden gilt.

Die ablehnende Haltung ist auch unmittelbar politisch begründet, weil die islamischen Strukturen meist konservativ bis nationalistisch und fundamentalistisch orientiert sind und der Islam nach dem Militärputsch in der Türkei vom 12. September 1980 lange Zeit gegen die Linke instrumentalisiert wurde. Gerade deshalb war es sehr positiv, dass sich auch einige türkische und kurdische linke Kräfte am 16. Juni an den Aktionen gegen den „Pro Köln“-Aufmarsch in Köln-Ehrenfeld beteiligt haben.

Die Alewiten haben ihrerseits in der jüngsten Geschichte der Türkei vielfältige Diskriminierungen durch den Staat sowie von islamistischen und neo-faschistischen Organisationen erlitten. In Großstädten wie Maras, Corum, Malatya und Sivas wurden von islamistisch-faschistischen Kreisen Pogrome gegen Alewiten inszeniert, wobei mehrere Menschen – vor allem auch Intellektuelle – ermordet wurden. Darin ist die derzeitige Distanz der Alewiten zu den islamischen Organisationen und Verbänden begründet.

Obwohl die Frage nach der Trennung von Staat und Religion (Laizismus) seit der Gründung der türkischen Republik (1923) im Grundgesetz verankert ist, ist das Thema in der Türkei heute noch sehr umstritten. Zumal sich in den letzten Jahren die Auseinandersetzung zwischen sog. „Laizisten“ und „Anti-Laizisten“ vor allem im Kontext der Erdogan-Regierung weiter zugespitzt hat. Gerade hier mischen auch die Militärs mit. Hinzu kommt der Fakt, dass das staatliche Religionsministerium der Türkei (Diyanet) nur die Interessen der Sunna-Gemeinschaft verteidigt und die anderen Religionsgemeinschaften in der Türkei (wie z.B. Alewiten, Yeziden, Assyrer, Christen, Juden) bislang ausgeblendet hat. Deshalb ist es notwendig, auch in der Türkei Religionsfreiheit für alle Religionsgemeinschaften zu fordern.

In diesem Zusammenhang steht auch die DITIB vor der Herausforderung und Verantwortung, auf andere Religionsgemeinschaften ohne Vorbehalte zuzugehen und in den eigenen Reihen Diskriminierungen keinen Raum zu geben. Dazu gehört sicherlich, dass man die Höhe der Minarette nicht zu einer „nationalen“ Frage macht und die kommerziellen Zwecke nicht über das Gesamtprojekt stellt.

Ebenso muss klargestellt werden, dass auch Toleranz Grenzen kennen muss – nämlich gegenüber der Intoleranz. Die Verhaltensweisen religiöser Gemeinschaften dürfen nicht in Widerspruch zu den demokratischen Grundwerten stehen. Hierzu gehören vor allem auch die Frauenrechte (Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen) und die Akzeptanz von anderen ethnischen Minoritäten und Religionsgemeinschaften. Unser Ansatz sollte daher nach wie vor das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde und zu den damit begründeten Rechten der Minderheiten sein.

Für das Prinzip der kulturellen und religiösen Toleranz

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass bestehende Vorurteile und künstliche Mauern der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Migrant (inn)en und ihren Strukturen als Gegenreaktion auch immer wieder einen Rückzug der Migrant(inn)en in ihre „ethnischen Nischen“ hervorruft, was sich vor allem in Form ei-

ner Selbstethnisierung ausdrückt. Hierbei ist die Antwort auf Ausgrenzung, Stigmatisierung, Diffamierung und Ignoranz in der Konsequenz ein noch stärkerer Rückzug von der Mehrheitsgesellschaft. Gerade junge Migrant(inn)en, die hier geboren und aufgewachsen sind, kehren den Werten dieser Gesellschaft verstärkt den Rücken zu. So hat sich zweifelsohne in der Moscheedebatte eine Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer, rassischer und religiöser Bruchlinien vertieft, die keineswegs förderlich ist und die Gefahr birgt, solche Rückzugstendenzen zu verstärken.

Deshalb ist es für die Linke von großer Bedeutung, sich um eine gut begründete, umfassende und überzeugende Position zu bemühen, die offensiv für Gleichstellung und Anerkennung eintritt. Die Reduzierung des vorherrschenden öffentlichen Diskurses auf den Begriff der „Integration" ist nicht hilfreich, sondern leistet vielmehr der Abschottung gegenüber den eigentlich zielführenden Diskussionsgrundlagen Vorschub. Das Ziel ist nämlich die wechselseitige kulturelle und menschliche Bereicherung, die nur in Gleichberechtigung und aufgrund der kulturellen Selbstbestimmung aller Bevölkerungsteile möglich ist.

Deshalb muss die Linke gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen fortschrittlichen Kräften das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit, somit auch auf den Moscheebau verteidigen. Unsere Leitlinie ist und bleibt eine konstruktive Migrations- und Partizipationspolitik, welche bislang maßlos vernachlässigt oder aber für wirtschaftliche oder vordergründig politische Interessen im Sinne einer abstoßenden Klientelpolitik instrumentalisiert wurde. Das künstliche Hochstilisieren einer Integrationsproblematik in Zusammenhang mit der Moscheediskussion ist im Sinne der von uns angestrebten gesellschaftlichen Emanzipation kontraproduktiv.

Eine linke Migrations- und Partizipationspolitik darf sich in diesem Kontext nicht in Oberflächlichkeiten ergehen und sich auf das Terrain der Gegensätze verschiedener religiöser Bekenntnisse zerren lassen. Hinter den religiösen Fragen stecken gesellschaftliche, soziale Fragen, die es bewusst zu machen gilt. Migration, kulturelle Identität und Partizipation müssen deshalb im gesamtgesellschaftlichen Kontext gesehen werden.

Vergessen wir also nicht: Auch Muslime und islamische Einrichtungen bleiben von den gesamtgesellschaftlichen Problemen und Auseinandersetzungen nicht verschont. Für eine linke Politik kommt es deshalb auch darauf an, der genannten Zielgruppe zu zeigen, dass ihre Forderung nach Akzeptanz für ihren Glauben, für ihre religiösen Praktiken und für ihre Kultur ein Teil unseres Kampfes für unsere gemeinsamen sozialen Rechte ist.

Dr. Kemal Bozay ■

Frankreich:
Der Front National auf Strategie- und Orientierungssuche

Größere Veränderungen scheinen derzeit der französischen extremen Rechten bevorzustehen. In ihrer Hauptpartei, also beim Front National (FN), wurde erstmals ein ernsthafter Strukturwandel beschlossen. Die rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute' berichtet darüber in ihrer Ausgabe vom 11. Juli 2007 auf Seite 3 unter der Überschrift: „Nachfolgekrieg vor dem Hintergrund eines Erschlaffungsanfalls (coup de mou): Was ist los beim FN?"

Innerparteiliche Umwälzung?

Dem Artikel der rechtsextremen Wochenzeitung zufolge findet eine innerparteiliche „Revolution" statt: Auf ihrer Sitzung am Montag, 9. Juli habe die oberste Führungsinstanz des FN (nach dem „Exekutivbüro"), das ‚Bureau politique', beschlossen, „dass es zukünftig die Mitglieder sein werden, die jene wählen werden, die mit ihrer Leitung beauftragt sein werden".

Bislang wurden die Angehörigen der verschiedenen Führungsinstanzen des FN (Zentralkomitee, Politbüro – wie bei anderen französischen Parteien auch, so früher die Gaullisten, wurden die Strukturen einst dem historischen Modell der Kommunistischen Partei nachempfunden) durch die Kongressdelegierten gewählt. Diese Delegierten wiederum, erklärt ‚Minute' ihren Lesern geduldig, „wurden (zwar) durch die Parteimitglieder bestimmt, die aber meistens nicht wirklich die Wahl hatten, da der Großteil der Kandidaten durch die Bezirkssekretäre vorgeschlagen wurde". Es handelte sich also, so formuliert ‚Minute', um „ein Wahlmännersystem", ähnlich wie bei den US-Präsidentschaftswahlen, das häufig den Wählerwillen nur verzerrt wiedergibt.

Hinzu kommt, was ‚Minute' nicht ausdrücklich schreibt, dass der Parteichef – Jean-Marie Le Pen – aus eigener Vollmacht auf den Kongressen Kandidaten von der Liste zur Wahl des circa 100-köpfigen Comité Central streichen oder eigene Bewerber hinzufügen konnte. Und was das ‚Bureau politique' betrifft, so hatte Jean-Marie Le Pen auf dem Kongress von Nizza 2003 eigenmächtig beschlossen, die Anzahl seiner Mitglieder von 40 auf 50 zu erhöhen, um die hinzukommenden zehn Sitze (qua eigenem Beschluss) mit Unterstützern seiner Tochter Marine Le Pen zu besetzen. Sowohl auf dem Kongress von Strasbourg am Osterwochenende 1997 als auch jenem von Nizza an Ostern 2003 hat Jean-Marie Le Pen jeweils in die Wahl der innerparteilichen Führungsgremien eingegriffen. In beiden Fällen, um seine Tochter Marine Le Pen zu retten, die bei den Delegierten durchgefallen bzw. von ihnen sehr schlecht platziert worden war. Hintergrund war, dass jene, die den Apparat der Partei kontrollier(t)en – 1997 war das eher der damalige Chefideologe Bruno Mégret, der später geschasst werden sollte, und 2003 war es eher die traditionalistische „alte Garde" um den jetzigen ‚Generalbeauftragten' Bruno Gollnisch – gegen den Aufstieg der Cheftochter und „Modernisierin" Marine Le Pen opponier(t)en.

Nun soll damit Schluss sein, und der Sperrriegel der institutionellen Macht der alten Kader soll aufgesprengt werden – durch Aufbrechen der alten Strukturen. Diese sollten bisher als Sperre gegen mögliche innerparteiliche Opponenten dienen und die Macht des inneren Kerns der Führung absichern. Doch nunmehr geht es darum, die Blockaden gegen den Aufstieg Marine Le Pens zur Seite zu räumen.

„Da sie glaubt, bei den Mitgliedern populärer zu sein als bei den Parteifunktionären, wollte Marine Le Pen diese Reform seit langem. Sie hoffte, ähnlich wie Ségolène Royal an die Basis zu appellieren, um den Apparat zu umgehen. Letzteren hält sie für eher zugunsten von Bruno Gollnisch eingestellt (...)"

Tatsächlich hatte Ségolène Royal, deren Aufstieg zur Präsidentschaftskandidatin im Jahr 2006 hier mit jenem von Marine Le Pen verglichen wird, die französische Sozialdemokratie überrumpelt, indem sie an eine diffuse „Basis" appellierte. In ihrem Falle stützte Ségolène Royal sich insbesondere auf Umfragewerte und auf die über 100.000 per Mausklick im Internet via „Schnuppermitgliedschaft" beigetretenen Mitglieder, um die Altmitgliedschaft und die sozialistischen Funktionäre zu ihrer Nominierung zu bewegen. Ob Ähnliches im Falle von Marine Le Pen funktionieren könnte, muss freilich dahingestellt bleiben.

Ideologische Generalüberholung angestrebt

Gleichzeitig deutet sich an, dass neben strukturellen auch programmatische Änderungen, im Sinne einer gewissen freundlicheren Präsentation oder auch „Anpassung an den Zeitgeist" (wie die rechten Kritiker wittern bzw. wettern), auf dem Programm stehen dürften.

Der relativ junge (z. Zt. 37-, ab September 38-jährige) Generalsekretär des FN, Louis Aliot, den Jean-Marie Le Pen im Oktober 2005 anstelle de Altkaders Carl Lang eingesetzt hat und der zu den wichtigsten Unterstützern der Cheftochter Marine zählt, wird in ‚Minute' mit den Worten zitiert: „Die Mitglieder und Wähler erwarten, zu Recht, einen Ruck von unserer Sei-

te. Sie wollen nicht, dass der FN an seinen Grundsätzen – also an der Verteidigung Frankreichs – etwas ändert. Aber sie wollen zumindest, dass er (der FN) sich in seiner Art und Weise, es zu verteidigen, (voran)bewegt. Denn man weiß, dass das politische Programm aus den Anfängen, also das von 1972 (Anm. BhS: im Oktober jenes Jahres wurde der FN gegründet), nicht das von 2007 sein kann!"

In seinem Gespräch mit ‚Minute', das durch den Redakteur in seinem Artikel verarbeitet worden ist, wird Louis Aliot bezüglich des angestrebten programmatischen Wandels nicht deutlicher. Aus Äußerungen in der bürgerlichen Presse im Laufe des Juni wird jedoch deutlich, was durch die „Modernisierer" angestrebt wird: Nationalismus und Abschottung gegen Immigranten ja – aber bitte keine auffälligen antisemitischen Weltverschwörungstheorien mehr, und auch keine („belastenden") Anklänge mehr an den historischen Faschismus oder Nazismus, bitte schön. Ungefähr so lautet das neue Credo dieser Fraktion.

Auch soll dem langjährigen Eigenleben der unterschiedlichen ideologischen „Pole" innerhalb der extremen Rechten (katholische Fundamentalisten, ‚rassialistische' Neuheiden, Monarchisten, Nationalrevolutionäre, Stiefelfaschisten, ..) ein Ende bereitet werden. Jedenfalls soll ihr autonomer ideologischer Einfluss spürbar beschnitten werden. Die Programmatik der rechtsextremen Partei soll auf einige, möglichst gesellschaftsfähig formulierte, Kernpunkte beschränkt werden.

Kommunalwahl im Visier

Ansonsten deutet sich an, dass Marine Le Pen und ihre Unterstützer danach streben, den Wahlerfolg der Cheftochter im früheren Bergbaurevier Pas-de-Calais (vgl. vorletzte Ausgabe) vom 10. und 17. Juni als Steilvorlage zu nutzen. „Marine" war als einzige FN-Kandidatin frankreichweit in die Stichwahl, die zweite Runde der Parlamentswahlen, gezogen und erhielt im Wahlkreis Hénin-Beaumont fast 42 Prozent der Stimmen. „Ihr wurde am darauffolgenden Montag Vormittag von fast (Anm. BhS: perfide Formulierung!, aber gegen wen gerichtet?) dem gesamten Politischen Büro applaudiert", merkt ‚Minute' im Nachhinein an. Allem Anschein nach bereitet sich Marine Le Pen mit ihrer Unterstützerschaft darauf vor, den örtlichen Erfolg bei den französischen Kommunalwahlen im März 2008 zu wiederholen und ihn zur politischen „Startrampe" umzuwandeln.

Marine Le Pen habe soeben eine Wohnung in Hénin-Beaumont angemietet, berichtet ‚Minute' diesbezüglich. Steeve Briois, der geschickt agierende und örtlich stark „verwurzelte" Kader, werde die Liste bei den dortigen Kommunalwahlen anführen, fügt das Blatt hinzu. Briois wird mit den Worten zitiert: „Bei uns werden wir es vielleicht schaffen, aber in Paris wäre auch Bewegung nötig, um an die Aktivistentradition des Front National wieder anzuknüpfen." (Ausgabe vom 11. Juli)

Tatsächlich bildet das „Laboratorium" von Steeve Briois im ehemaligen Bergbaurevier nahe der belgischen Grenze z. Zt. quasi die einzige Zone, wo der FN tatsächlich um reale gesellschaftliche Verankerung, „Bürgernähe" und Aufgreifen konkrete Probleme vor Ort aktiv bemüht scheint. So vertritt der französische Meinungsforscher Jérôme Fourquet in der Frühsommer-Ausgabe der Antifapublikation Ras l'front (Nr. 115, S. 13) die Auffassung, falls der FN künftig Aussichten auf die Eroberung von Rathäusern habe, dann nicht länger (wie in den 1990er Jahren) in der Provence oder sonstwo in Südfrankreich, sondern in den früheren Arbeiterkommunen des Pas-de-Calais. (Den Rest wird selbstverständlich die Zukunft erweisen müssen.)

Im übrigen Frankreich scheint der FN die Kommunalwahlen in drei Vierteljahren eher mit einer gewissen Schlappheit anzugehen. ‚Minute' zitiert Jean-Marie Le Pen mit den Worten: „Im Rahmen unserer Mittel/Möglichkeiten werden wir an den Kommunal- und Bezirksparlamentswahlen (Anm.: im kommenden März) teilnehmen. Da es sich um sehr lokale/ortsbezogene Wahlen handelt, wird die Risikobereitschaft unserer Verantwortlichen auf Bezirks-, Kommunal- und örtlicher Ebene das entscheidende Kriterium sein. Wir werden niemanden dazu zwingen, in den Kampf zu ziehen. Wir werden jene, die sich in der Lage fühlen, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und Sitze (in den Kommunalparlamenten) zu erobern, energisch dazu ermutigen. Aber wir werden nicht in der Lage sein, ihnen stark zu helfen, außer durch unsere politische Unterstützung."

Mit anderen Worten, den örtlichen Kandidaten wird kaum Geld zur Verfügung gestellt werden (mit Ausnahme von Kandidaturen, denen nationale Bedeutung zugemessen wird??). Dies widerspiegelt zunächst einmal einfach die Tatsache, dass der FN sich in einer finanziellen Lage befindet, die als ausgesprochen klamm zu bezeichnen ist; Anfang Juli war zunächst bekannt geworden, dass die rechtsextreme Partei daran denke, ihren Zentralsitz im noblen Pariser Vorort Saint-Cloud zu vermieten (http://tempsreel.nouvelobs.com/actualites/politique/20070702.OBS4663/le_fn_en_crise_pourraitlouer_son_siege.html?idfx=RSS_notr). Anscheinend wurde intern aber auch bereits über einen Verkauf nachgedacht.

Gut eine Woche später meldeten die Nachrichtenagenturen, Marine Le Pen profiliere sich als Gegnerin eines solchen Verkaufs: Diejenigen, die eine solche Option anstrebten, seien „jene, die bereits daran denken, Tomaten anzupflanzen statt Politik zu machen" (Yahoo.fr, 11. Juli).

Am 18. Juni, dem Tag nach dem zweiten Durchgang der französischen Parlamentswahl, hatte Jean-Marie Le Pen zudem eine Spendenkampagne unter dem Titel „SOS Front National" lanciert. Über ihren Beginn hatte das französische Fernsehen jedoch schon am Vorabend, gleichzeitig mit dem Bekanntwerden des Stichwahlergebnisses für Marine Le Pen, berichtet. Dadurch wurde das, an und für sich glänzende, Resultat der Cheftochter in der öffentlichen Wahrnehmung zum Teil neutralisiert.

Längerfristige Aussichten (im Vergleich mit der Periode 1996 - 2007)

Aber wagen wir auch noch einen längerfristigen Ausblick. Künftig wird sich für die rechtsextreme Partei die Frage nach ihrer grundsätzlichen Strategie stellen, und nach ihrer Positionierung neben einer bzw. gegen eine selbst von ziemlich weit rechts angetretene Präsidentschaft Sarkozy.

Bislang hat sich der FN in den letzten beiden Jahrzehnten trotz einiger Versuche (Stichwort: faktische Bündnisse mit konservativen Rechten in den Regionalparlamenten nach deren Neuwahl im März 1998) als unfähig erwiesen, eine Perspektive der politischen Machteroberung oder -beteiligung zu finden.

Stattdessen setzten der Chef der rechtsextremen Partei und ihre führenden Kader zeitweise auf eine geradezu „revolutionäre" Demagogie, nachdem die bürgerliche Rechte (nach Ablauf einiger Techtelmechtel mit dem FN in den 1980er Jahren) in den neunziger Jahren auf eine generelle Bündnisverweigeung gegenüber Le Pen setzte. So forderte Jean-Marie Le Pen im April 1996 bei einer Veranstaltung im Pariser Traditionssaal La Mutualité „die Politiker" donnernd dazu auf, „auf friedliche Weise zu gehen, solange der Zorn des Volkes ihnen dazu noch die Zeit lässt". „Wie unter der Monarchie" könne man daran denken, fügte er hinzu, eine Reihe korrupter Politiker „aufzuhängen".

Am darauffolgenden 1. Mai sprach er von Aussichten auf einen „Bürgerkrieg" (und der Karikaturist von ‚Libération' zeichnete junge kahlgeschorene Anhänger mit den Worten: „Chef, um wie viel Uhr ist der Bürgerkrieg?"). Im Oktober 1996 nahm der damalge FN-Generalsekretär (und jetzige ‚Generalbeauftragte') Bruno Gollnisch, im Anschluss an eine Saalveranstaltung gegen den „neuen Totalitarismus" in Gestalt der Anti-Rassismus-Gesetzgebung, an einer unangemeldeten und ungenehmigten Kranzniederlegung am Grabmahl des unbekannten Soldaten unter dem Pariser Arc de Triomphe teil. Dabei wurde ein Polizist, der dort Wache hält, von Angehörigen des unifomierten FN-Ordnerdiensts DPS (Département Protection-Sécurité, „Abteilung Schutz und Sicherheit", wird sonst zum Saalschutz und bei Aufmärschen eingesetzt) in die Höhe gehoben und vom Platz getragen.

Gollnisch kommentierte: „So beginnen alle Revolutionen."

Aber die Konzeption, ähnlich wie der historische Faschismus oder Nazismus eine „revolutionäre" Demagogie und den durch die soziale Krise verschafften Rückwind zu nutzen, um sich zur „Alternative zum abgewirtschaften System" aufzuschwingen, ging nicht auf. Die Kurve der (Wahl-)Erfolge des Front National ähnelt nicht wirklich dem historischen Aufstieg der NSDAP, den manche (intern, aber natürlich nicht nach außen hin erklärt) als Blaupause für die Profilierung des FN als „Fundamentalopposition zu den antinationalen Systemparteien" benutzen wollten.

Die Abnutzung einer solchen Strategie zeigte sich schon im Herbst desselben Jahres 1996, in dem der FN den Lautsprecher seiner „revolutionären" Demagogie voll aufgedreht hatte und die Gründung eigener „Gewerkschaften" zu Jahresanfang lanciert hatte. Bei einer Bürgermeisterwahl in Dreux, die aufgrund eines Gerichtsurteils wiederholt werden musste, im November 1996 verfehlte die FN-Kandidatin Marie-France Stirbois zum zweiten Mal die 50-Prozent-Mehrheit. Wie schon anlässlich der Rathauswahl im Juni 1995 (dem Termin der frankreichweiten Abhaltung der Kommunalwahl) erhielt Stirbois gut 39 Prozent der Stimmen. Aber gerade in Dreux, einer in die Krise geschlitterten Industriestadt rund 80 Kilometer westlich von Paris, hatte man ein Erreichen der absoluten Mehrheit für den FN durchaus für plausibel halten können: Bei einer Nachwahl für einen freigewordenen Parlamentssitz im Dezember 1989 hatte Marie-France Stirbois in Dreux (vor dem Hintergrund einer starken Enthaltung der Linkswählerschaft im zweiten Wahlgang, des frankreichweiten Aufflammens der „Kopftuch-Polemik" rund um moslemische Schülerinnen und der dabei entfesselten Emotionen, sowie vor den Kulissen des Berliner Mauerfalls und des allenthalben proklamierten „Endes des (Real-)Sozialismus") stolze 61,3 Prozent der Stimmen gesammelt. Noch im März 1994 hatte sie einen Sitz im Bezirksparlament mit 54 Prozent erobern können. Aber in den beiden darauffolgenden Jahren fiel ihr Einfluss, und sowohl 1995 als auch 1996 erhielt sie jeweils gut 39 Prozent: Das Publikum schien zum Teil auseinander zu laufen.

Einige FN-Prominente zeigten daraufhin regelrechte Anzeichen reaktionärer Verzweiflung: Der damalige Boss der FN-Jugend, Samuel Maréchal, fragte sich im November 1996 öffentlich, ob es für Dreux nicht „zu spät" sei, ob die Stadt nicht „physisch und moralisch bereits ‚immigrée'" (also ausländisch) geworden sei. Bruno Gollnisch hatte vor der Wahl getönt, dies sei „die letzte Chance für Dreux", da im Falle eines Scheiterns „die Herkunftsfranzosen mit den Füßen abstimmen" und die Stadt verlassen würde. Die Partei-Wochenzeitung ‚National Hebdo' zeigte damals eine lange Warteschlange von fremdländisch aussehenden Menschen vor einer Wahlurne, und in ihrer Mitte einen einsam wirkenden „Herkunftsfranzosen" mit Baskenmütze auf dem Kopf und einem Wahlzettel mit der Aufschrift „FN" in der Hand.

Solche reaktionäre Verzweiflung ist aber kein guter Antriebsmotor, um erfolgreich um Masseneinfluss zu werben. Derselbe Samuel Maréchal, der oben zitiert worden ist, zog daraus übrigens die Konsequenz und plädierte im Frühsommer 1999 – infolge der kurz zuvor erfolgten Parteispaltung und des Auszugs der Mégret-Anhänger und damit auch vieler der rassebiologisch argumentierten Neuheiden unter den Kadern – für ideologische Lockerungsübungen. Die Partei möge „die multikonfessionelle Realität des Landes" anerkennen, also indirekt auch die Präsenz von Einwanderern (von denen ein Teil moslemischer Konfession ist), forderte Maréchal damals. Zum Jahresende 1999 wurde er damals zum Schweigen gebracht, vor allem Altkader wie Carl Lang (heute noch beim FN, aber im Oktober 2005 von seinem Posten als Generalsekretär geschasst) oder Jacques Bompard (heute bei den Rechtskatholiken unter Philippe de Villiers ansässig), tönten, eine solche programmatische „Selbstaufgabe" und Verrat von Grundpositionen kämen nicht in Frage.

Ideologische Lockerungsversuche

Aber in den letzten 6 Monaten haben die „Modernisierer" rund um Marine Le Pen, die als „strategische Leiterin" des Präsidentschaftswahlkampfs 2006/07 u.a. das umstrittene FN-Plakat mit der jungen ‚farbigen' Französin durchgesetzt hatte (vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd0107/t140107.html, Artikel mitsamt Abbildung) erneut an den damaligen strategischen Vorstoß Samuel Maréchals an. Letztgenannter selbst ist freilich innerparteilich längst weg vom Fenster, zumal Maréchal inzwischen nicht mehr (wie zur Zeit seines maximalen Einflusses) mit der „mittleren" der drei Töchter Jean-Marie Le Pens, Yann, verheiratet ist.

Nun aber sorgten die ideologischen Lockerungsversuche dafür, dass viele Altsympathisanten das Profil der Partei nicht länger wiedererkannten. Das Bemühen darum, sich zugleich als (gegenüber der Vergangenheit) relativ immigrantenfreundlich und „nicht-sonderlich-rassistisch" zu erweisen und zugleich ein diffuses rechtes „Rebellentum" an den Tag zu legen, trug keine Früchte. Im innerparteilichen Streit mit den Auftritten des schwarzen französischen Antisemiten Dieudonné (von denen wiederum Marine Le Pen dem Vernehmen nach nicht sonderlich begeistert ist: zu diskretierend, „zu viel Schwefelgeruch") verknüpft, wird das Bemühen um eine Änderung des Parteiimages heute eher verdammt. Das Ringen um ein „modernes, lockeres, mediengerechtes" Auftreten und Image wird als Ursache für einen Profilverlust bis zur Unkenntlichkeit aufgefasst.

Vor allem die bürgerlich-konservativen Wähler flohen und schlossen sich angesichts des Wischi-Waschi-Kurses des FN lieber dem aufstrebenden konservativen Star Nicolas Sarkozy an. Denn dieser versprach eine entschlossene Durchsetzung von Veränderungen, im konservativ-reaktionären Sinne – aber auch gleichzeitig im wirtschaftsliberalen und „der Globalisierung gegenüber aufgeschlossenen, die notwendige Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung schaffenden" Sinne.

Aus diesem Grunde sind die Tendenzen dennoch widersprüchlich, und während ein Teil der bisherigen FN-Wähler durch Sarkozy angezogen wird, flüchtet sich ein anderer Teil derzeit in die Stimmenthaltung. Und ein kleinerer Rand wählte bei den Präsidentschaftswahlen sogar aus taktischen Gründen den Christdemokraten und Mann der „bürgerlichen Mitte" François Bayrou, um nämlich bei der Umgruppierung der bürgerlichen Rechten mit dabei sein zu können. Und um den Neoliberalen und „amerikanischen Rechten" Sarkozy möglichst zu behindern, bzw. ihm gegenüber einen „französisch-bodenständigen" Pol innerhalb des bürgerlichen Lagers mit dem Traktorfahrer (im Wahlkampf) François Bayrou zu stärken. Diese Tendenz vom ‚vote Le Pen' hin zur Stimmabgabe für Bayrou blieb allerdings gegenüber den großen Strömungen, aus dem Block der früheren FN-Wähler hin zu Nicolas Sarkozy sowie hinein die Wahlenthaltung, deutlich minoritär.

Das umstrittene Plakat

Zwischen der Agitation für eine diffuse Vorstellung von einer irgendwie gearteten „rechten Revolution" und den Bemühungen, einen Platz in der bestehenden Medienlandschaft zu finden, ohne allzu sehr anzuecken, hat der FN derzeit noch keine erfolgsträchtige und dauerhafte Strategie gefunden.

Bernhard Schmid, Paris ■

Erklärung des Nachfolgekomitees der euro-afrikanischen NGO-Konferenz „Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit“

Für die volle Anerkennung der Flüchtlinge in Marokko und die Garantie der Grundrechte für alle MigrantInnen

Nach Jahren von Verhandlungen hat Marokko am 20. Juni 2007 aus Anlass des Weltflüchtlingstags seine Entscheidung angekündigt, ein Abkommen mit dem UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) über seinen Sitz abzuschließen. Das Nachfolgekomitee der euro-afrikanischen Konferenz „Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit“ freut sich über diese Entscheidung, die Marokko, Unterzeichner der Genfer Konvention, in Übereinstimmung setzt mit seinen internationalen Verpflichtungen. Dieses Abkommen sollte dem UNHCR erlauben, voll und ganz sein Mandat in diesem Land zu erfüllen. Es impliziert gleichermaßen, dass Marokko den Flüchtlingen auf seinem Boden das Aufenthaltsrecht und alle damit zusammenhängenden Rechte zuerkennt. Wir

wollen mit größter Wachsamkeit die effektive Umsetzung dieser positiven Folgen des Abkommens beobachten.

Wir appellieren jedoch an den UNHCR, die Anträge, die bei ihm gestellt wurden, mit größtem Wohlwollen zu überprüfen, angesichts der freien Hand, die er bei seiner Einschätzung hat und unter Anbetracht der politischen Situation der Länder, aus denen die Mehrzahl der Asylsuchenden kommt. Das Abkommen über seinen Sitz darf in keinem Fall eine größere Strenge in der Beurteilung von Anträgen mit sich bringen. Unser Komitee muss gleichermaßen daran erinnern, dass jeder Person, welches auch immer ihr Status ist, und ob sie in ihrem Herkunftsland wohnt oder nicht, die Rechte zuerkannt werden müssen, die aufgezählt werden in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ebenso wie in der Konvention zum Schutz der Rechte der Wanderarbeiter und ihrer Familien, die Marokko unterzeichnet hat.

Deshalb darf die Anerkennung des UNHCR und der Flüchtlinge, die unter seinen Schutz gestellt werden, in keinem Fall als Vorwand dienen für eine zunehmende Repression gegen MigrantInnen, die nicht in seine Zuständigkeit gehören, auch diejenigen in einer verwaltungsmäßig nicht regulierten (=illegalisierten, d.Ü.) Situation. Die international anerkannten Rechte der MigrantInnen müssen garantiert werden. Die Anerkennung des Asylrechts in Marokko darf auch nicht die Europäische Union dazu veranlassen, die Kontrollen an ihren Außengrenzen zu verstärken, mit dem Risiko, den Zugang für Asylsuchende zu verwehren, und vertraglich diesem Land die internationalen Verpflichtungen zur Ausführung weiterzugeben, die eigentlich der EU obliegen.

Unser Komitee erinnert daran, dass die Sicherheitsmaßnahmen, die die EU und ihre „Partner“ umgesetzt haben, die zur Folge haben, dass MigrantInnen von einem Land ins andere zurück geschickt werden in Folge von Kettenabschiebeverträgen und dass Zurück- und Abschiebungen ohne gesetzliche Grundlage stattfinden, keine angemessene Antwort darstellen auf Situationen von Gewalt und Elend, in denen die Mehrheit der afrikanischen Migrationsbewegungen ihren Ursprung hat.

Die aktuellen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit von Personen, während die Kapitalströme frei zirkulieren, bilden nur ein Hindernis für die Migration der Mittellosen, während die Armut und die Nicht-Entwicklung wissentlich aufrechterhalten werden durch die Mechanismen des internationalen Handels, die Schulden, die schon mehrfach zurückgezahlt wurden etc. und die weiter zunehmenden Abstände zwischen den Einkommen pro Einwohner zwischen Europa und Afrika. Nicht nur werden die repressiven Maßnahmen den Migrationsströmen kein Ende setzen, sondern auch, angesichts der permanenten Neuzusammensetzung der Bewegungen der Personen, werden sie nur die Gefährlichkeit zunehmen lassen – die menschlichen Dramen, die sich täglich an den Grenzen abspielen, sind der schreiende Beweis dafür.

Wir fordern den Verzicht auf die von Sicherheitsdenken und Repression bestimmte Ideologie der Migrationspolitik, insbesondere die „Externalisierung“ des Asyls und die Grenzkontrollen, die Kriminalisierung der Migrationen, ebenso wie die rassistischen, fremdenfeindlichen und diskriminierenden Gesetze. Wir fordern die Neubegründung der Migrationspolitik auf der Grundlage der Menschenrechte und einer wirklichen Gleichheit der Personen, die auf demselben Territorium leben, und die sofortige Legalisierung aller MigrantInnen ohne Papiere. ■

Grenze um Ausländerbehörde errichtet

HAMBURG. In der Nacht vom 5.7.07 zum 6.7.07 haben Antirassisten eine Grenze um die Zentrale Ausländerbehörde in Hamburg errichtet. Nebst dem Verschließen sämtlicher Nebeneingänge wurde der Haupteingang durch einen Sicher-

heitszaun mit Stacheldraht, Kettenschlösser sowie einer festbetonierten Mauer versperrt. Hierzu wurde folgende Stellungnahme veröffentlicht:

Aller Voraussicht nach wird heute (6.7.) das so genannte neue Bleiberecht vom Bundesrat verabschiedet. Durch diese Änderungen des Zuwanderungsgesetzes schottet sich der deutsche Staat stärker als bisher von Flüchtlingen und MigrantInnen ab. Die Erteilung des Bleiberechts ist an eine Vielzahl von Voraussetzungen geknüpft, die nur von den wenigsten erfüllt werden kann.

Anders als in der Öffentlichkeit dargestellt, fallen unter diese Regelung nur ZuwandererInnen, die als wirtschaftlich verwertbar erachtet werden. Diejenigen, die nicht arbeiten können, wollen oder keine Arbeit finden, können konsequenter abgeschoben werden.

Durch zahlreiche weitere Gesetzesverschärfungen werden u.a. Familienzusammenführungen erschwert, Zurückweisungen an der Grenze willkürlich vollzogen und Einreise und Aufenthalt an Deutschkenntnisse geknüpft. Durch das Gesetz wird weder das Problem der Kettenduldungen behoben, noch steht eine Legalisierung so genannter Illegaler zur Debatte. Somit führen die Gesetzesänderungen zu fortschreitender Entrechtung und Diskriminierung von MigrantInnen und Flüchtlingen.

Als notwendige Konsequenz daraus wird hiermit die zentrale Ausländerbe-

hörde Hamburg – als ausführendes Organ der Gesetze – zum antirassistischen Sperrgebiet erklärt. Um dieses in seinen Grundsätzen zu schützen, wurde um das Gebäude Amsinckstraße 28 eine Grenze errichtet.

§ 1 (1) In Erwägung und unter Anklage dessen, dass die Funktionäre / SachbearbeiterInnen der Ausländerbehörde die Menschenwürde und Freiheitsrechte von Flüchtlingen und MigrantInnen missachten, wird ihnen der Grenzübertritt verweigert und damit die Fortführung ihrer rassistischen Arbeit ab sofort untersagt. Hierzu gehören insbesondere die Anwendung und Überprüfung der Gesetze zur:

1. Selektion nach Herkunft
2. Abschiebung
3. Massiven Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht, Melde- und Mitwirkungspflicht)
4. Unterbringung in Lagern (Zentrale Erstaufnahmestellen, Ein- und Ausreiselage, Abschiebelager)
5. Verbot von Arbeit
6. Kürzung von Sozialleistungen, Sachleistungen, Gutscheinsysteme
7. Kriminalisierung von Menschen ohne Papieren

(2) sowie folgende Behördenpraxen:

1. Verdächtigungen, Beleidigungen, Schikanen
2. „Psychoterror“
3. Bewusste Informationsverweigerung, Falschinformationen
4. Familientrennung, „Ältermachen?“ und Abschiebung Minderjähriger
5. Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete
6. Ingewahrsamnahmen
7. Unterstellung von Scheinehen, Missachtung der Privatsphäre

§ 2 Alle Anträge werden, wenn sie von SachbearbeiterInnen oder anderen Angestellten der Ausländerbehörde gestellt werden, als offensichtlich unbegründet abgelehnt.

§ 3 SachbearbeiterInnen, die erst nach dem unbefugten Grenzüberschritt aufgegriffen werden, werden unverzüglich verhaftet und abgeschoben.

§ 4 Diese Grenze wird unverzüglich widerrufen. sobald die Voraussetzungen für ihre Errichtung nicht mehr vorliegen. Die Grenze existiert nicht mehr, wenn: – uneingeschränktes Bleiberecht, gleiches Recht und absolute Bewegungsfreiheit für alle gilt

– alle Grenzen abgeschafft werden

– und Ausländerbehörden und Einrichtungen, die einen vergleichbaren Zweck erfüllen, geschlossen werden.

Quelle: Indymedia, 6.7., s.krummfisch ■

Kurdischer Schriftsteller in München in Haft

Berlin. Anlässlich der Inhaftierung des kurdischen Schriftstellers Haydar Isik in München erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke:

Seit dem 5. Juni befindet sich der fast 70-jährige kurdische Schriftsteller Haydar Isik im Gefängnis München Stadelheim in Haft. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Verstöße gegen das PKK-Verbot vor. Nicht etwa die Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation wird Herren Isik unterstellt, er soll vielmehr eine „graue Eminenz“ des verbotenen Volkskongresses Kurdistan Kongra-Gel in Bayern sein, da er an mehreren politischen Treffen teilnahm. Als Einlader zu einem kurdischen Neujahresfest im März 2007 soll er Gelder für den Kongra-Gel gesammelt haben. Dieser Vorwurf ist offenbar an den Haaren herbeigezogen, schließlich hat auch das Kulturreferat der Landeshauptstadt München die Newroz-Feier unterstützt, ohne dass die Staatsanwaltschaft tätig wurde. Haydar Isik, der von der Türkei nach dem Militärputsch 1980 wegen seines demokratischen Engagements ausgebürgert wurde, setzt sich seit Jahrzehnten politisch und im Rahmen der Gewerkschaft GEW für die Rechte der Kurdinnen und Kurden in der Türkei und ihre Integration in Deutschland ein.

Haydar Isik lebt seit vielen Jahren zusammen mit seiner Familie in München. Fluchtgefahr besteht nicht. Es gibt keine Rechtfertigung für eine weitere Haft des erkrankten Schriftstellers. Auch die Polizei gibt zu, dass es sich um eine „repressive Maßnahme“ handelt.

Die absurden Vorwürfe der Staatsanwaltschaft beweisen einmal mehr den krampfhaften Verfolgungsdrang deutscher Ermittlungsbehörden. Offensichtlich geht es Polizei und Staatsanwaltschaften vor allem um die Einschüchterung politisch aktiver Migrantinnen und Migranten. *Ulla Jelpke, MdB* ■

Binali Yildirim – Türkei stellt Auslieferungsantrag

Die Türkei hat Anfang Juli offiziell einen Auslieferungsantrag gegen den in Spanien im Knast sitzenden Binali Yildirim gestellt. Binali war am 29.05. während eines Urlaubs auf Mallorca von der spanischen Polizei verhaftet worden. Obwohl er in der BRD ein anerkannter Flüchtling ist, prüfen die spanischen Behörden jetzt das Auslieferungsgesuch der Türkei.

Grund für den Auslieferungsantrag der Türkei ist eine Verurteilung aus dem Jahr 1996, bei der Binali zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Angeblich soll er in den Jahren zuvor als Mitglied kommunistischer Gruppen an Angriffen gegen das Militär beteiligt gewesen sein. Nachdem er die ersten Wochen in Isolationshaft saß, 24 Stunden am Tag überwacht wurde und nur einige Minuten in der Woche telefonieren durfte, haben sich seine Haftbedingungen inzwischen verbessert. Binali sitzt nicht mehr in Isolationshaft und hat nun auch die Möglichkeit, öfter mit seiner Familie zu telefonieren. Zusätzlich fand ein „Haftprüfungstermin“ statt, bei dem seine Inhaftierung allerdings bestätigt wurde. Bereits seit seiner Verhaftung am 29.05. setzen sich verschiedene Gruppen für seine Freilassung ein. In Hamburg fanden in den letzten Wochen regelmäßig Kundgebungen vor dem spanischen Konsulat und Infotische in verschiedenen Bezirken statt. Mit Flugblättern und Flyern wurde auf sein Schicksal aufmerksam gemacht.

Hinzu kommt eine Fax- und E-Mailkampagne, an der sich bis heute Tausende Menschen beteiligten. Da sich auch Abgeordnete, vor allem der Grünen und der Linkspartei, für Binali einsetzten, hat die Deutsche Botschaft in Madrid mittlerweile seine Betreuung übernommen. Auch in Spanien selbst gibt es Kampagnen für die Freilassung Binalis. In Galizien haben sich verschiedene Gruppen zusammen gefunden, die versuchen, die Öffentlichkeit auf seine Haft aufmerksam zu machen und mit dem Sammeln von Unterschriften gegen seine Verhaftung demonstrieren. Aktiv sind auch die „Freunde der peruanischen Revolution“, die ebenfalls mit diversen Aktionen auf seine Situation aufmerksam machten. Nachdem die Türkei jetzt offiziell einen Auslieferungsantrag gestellt hat, muss die spanische Justiz entscheiden, ob ein Auslieferungsverfahren in Gang gesetzt wird oder nicht.

Unabhängig davon geht die Kampagne für seine Freilassung weiter. Dass die Türkei versucht, ihrer GegnerInnen habhaft zu werden, ist keinesfalls neu. Neu ist allerdings die Dimension: denn die Türkei versucht verstärkt die Auslieferung von Menschen zu erreichen, die in Europa bereits als anerkannte Flüchtlinge leben. In diesem Zusammenhang ist Binali Yildirim kein Einzelfall.

So wurde am 19.6.2007 Binali Soydan verhaftet, als er in der Ausländerbehörde Köln-Kalk seine Aufenthalterlaubnis verlängern lassen wollte. Soydan gilt dem türkischen Staat, wie auch Binali Yildirm, als unversöhnlicher Gegner, der sich in seinem Herkunftsland in revolutionären Organisationen betätigt haben soll.

Unabhängig davon, wie die spanische Justiz im Fall Binali Yildirm entscheiden wird, der Druck auf Oppositionelle, die in Europa Zuflucht vor der Repression in ihren Herkunftsländern suchen, nimmt zu. *http://www.freebinali.tk/* ■

Adam Tooze beschreibt die NS-Kriegswirtschaft

Als der Historiker Götz Aly Anfang 2005 mit seinem Buch „Hitlers Volksstaat“ kontroverse Diskussionen auslöste, antwortete ihm in der „taz“ der britische Historiker Adam Tooze. Alys Buch sei lesenswert, seine These aber, der Nationalsozialismus sei eine spezifische Ausprägung von völkischem Wohlfahrtsstaat gewesen, der den Zweiten Weltkrieg weitgehend durch Beraubung und Ermordung der Juden und die Plünderung der besetzten Länder finanziert habe, sei schlicht falsch. Aly habe sich beim Vergleich der für die Kriegsführung verbrauchten inneren Ressourcen des NS-Reichs und der für den Krieg in den besetzten Gebieten geraubten äußeren Ressourcen „einfach verkalkuliert“. Der Anteil der letzteren habe nicht, wie von Aly behauptet, bei 70% der Kriegskosten gelegen, sondern nur bei 25 Prozent.

Jetzt hat Adam Tooze sein damals bereits fast abgeschlossenes, 2006 in England erschienenes Buch über Aufstieg und Vernichtung der NS-Wirtschaft unter dem deutschen Titel „Ökonomie der Zerstörung“ im Siedler-Verlag herausgebracht. Das Buch ist – ja was eigentlich? Eine Art Wirtschaftsgeschichte des NS-Regimes von den ersten Anfängen – Tooze beginnt bei der Außen- und Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik unter Stresemann – bis zum Zusammenbruch des Regimes unter den Schlägen der Anti-Hitler-Koalition. Es ist auch ein Buch über Zwangsarbeit und Konzentrationslager und ihre Bedeutung für die Rüstung des NS-Regimes. Die auf 20 bis 30 Millionen Hungertote zielenden Überlegungen des „Generalplans Ost“ werden ebenso dargestellt wie der millionenfache Mord der Nazi-Wehrmacht im besetzten Polen, die Gräueltaten der „Einsatzgruppen“ nach Beginn des Russlandfeldzuges, die kriegswirtschaftlichen Hintergründe einzelner Feldzüge der Nazi-Wehrmacht in Nordafrika und in der Sowjetunion ebenso wie der Kriegsverlauf im einzelnen und die gesamte Planung von Raub und Völkermord in sämtlichen Etappen des Krieges. Und schließlich ist das Buch auch eine spannend geschriebene Militärgeschichte. Vielleicht ist es gerade die Fülle der Themen, die das Buch manchmal anstrengend macht. Lesenswert und anregend ist es auf jeden Fall.

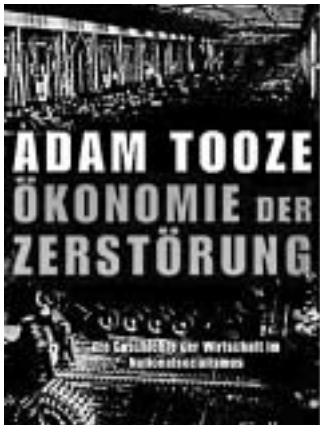
Weltwirtschaft und Welthandel

Das beginnt schon mit dem Einführungskapitel. Tooze beginnt mit einer knappen Skizze der Politik Stresemanns, der zur Zeit der Weimarer Republik bemüht war, mit Krediten aus den USA die im Versailler Vertrag erzwungenen Tribute des Deutschen Reiches an England und Frankreich einerseits zu finanzieren, andererseits aber politisch zu bekämpfen. Die USA sollten das Bemühen des Reichs unterstützen, die im Versailler Vertrag festgelegten Reparationen so bald wie möglich zu beenden. Diese Hoffnungen sollten zunächst grausam enttäuscht werden. US-Präsident Hoover, der im US-Wahlkampf den Mittleren Westen der USA mit dem Versprechen von Agrarprotektion gewonnen hatte, setzte 1929, zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, im Kongress auch noch höhere Schutzzölle gegen europäische Industriegüter durch. Damit war die Strategie Stresemanns gescheitert. Eine Spirale von Vertiefung der inneren Wirtschaftskrise, Schutzzollmaßnahmen, Rückgang des internationalen Handels, Finanz- und Bankenkrisen setzte ein, die die Wirtschaft der Weimarer Republik ebenso wie die der anderen Wirtschaftsgroßmächte immer tiefer in die Depression schickte. Hier bricht Tooze ab, um zur „nationalistischen Wendung in der deutschen Außenpolitik von 1930/31“ überzuleiten. Die vielen Diskussionen um Weltwirtschaft, Welthandel und Weltwährungssystem, die sich auf die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1931 beziehen, wie auch die Konsequenzen, die daraus für die US-Politik, die deutsche, englische und französische Politik nach 1945 folgten, bleiben so unerwähnt. Das ist schade.

Rüstung oder Arbeitsmarktpolitik

Nächstes spannendes Thema: Die Wirtschaftspolitik Hitlers in den 30er Jahren. Hitlers Wirtschaftspolitik galt lange als Musterbeispiel keynesianischer Politik – doch inzwischen zweifeln Wirtschaftshistoriker an dieser These. Neue Arbeiten weisen nach: Nicht die zivile Arbeitsbeschaffung, sondern die Aufrüstung stand von Anfang an im Mittelpunkt der NS-Politik. Bis heute wirkt die nationalsozialistische Propaganda, die den Bau der ersten Autobahnen begleitete, nach: Hartnäckig hält sich der Mythos, Hitler habe damit „die Arbeitslosen von der Straße geholt“. Dagegen zeichnet Tooze akribisch nach: Nicht zivile Arbeitsbeschaffung, sondern Aufrüstung stand von Anfang an im Mittelpunkt der NS-Politik. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit war nur ein Nebenprodukt dieser Kriegsvorbereitung.

„Das Ausgabenpaket, das (schon 1933) für das Militär geschnürt worden war, übertraf bei Weitem alle Schritte, die man sich in Deutschland jemals zur Behebung der Arbeitslosigkeit überlegt hatte oder noch überlegen sollte.“ (S. 79) Ganz nebenbei wird auch die These von Götz Aly vom „NS-Wohlfahrtsregime“ widerlegt. „Im Jahr 1935 lag der Privatverbrauch noch immer um 7 Prozent unter dem Niveau, das er vor der Wirtschaftskrise gehabt hatte, die privaten Investitionen lagen sogar um 22 Prozent darunter. Im Gegensatz dazu waren die Staatsausgaben um 70 Prozent höher als im Jahr 1928. Und dieser Fakt erklärt sich fast ausschließlich durch den Militärhaushalt ...war bereits 1935 ein Viertel der deutschen Industrie mit der Herstellung von unvermarkteten Produkten aller Art beschäftigt.“ (S. 91/92)



Falsche Selbstbilder

Drittes Thema, das in dem Werk des britischen Historikers immer wieder auftaucht, ist die schon während der Weimarer Zeit auftauchende und bis weit nach 1945 fortlebende falsche Selbsteinschätzung der deutschen Bevölkerung über die wirtschaftliche und technologische Leistungskraft des Deutschen Reiches. Das Reich war niemals so stark wie vielfach behauptet, betont Tooze. Mitte der 30er Jahre etwa entsprach das deutsche Pro-Kopf-Einkommen nur der Hälfte des amerikanischen Vergleichswertes, auch Großbritannien lag weit darüber. Ein Wohn- und Lebensstandard wie in den USA (Automobile, Radio, mehrere Zimmer umfassende Wohnungen auch für Facharbeiter) war für deutsche Normalverdiener unerreichbar. Mächtige internationale Konzerne wie die IG Farben, AEG oder die Vereinigten Stahlwerke waren zwar vorhanden.Was das deutsche Reich aber im internationalen Vergleich herunter zog, war die rückständige Landwirtschaft, von der rund neun Millionen Menschen lebten, und ein meist ebenso rückständiges Handwerk.

Auch in der Schilderung des Kriegsverlaufs kommt Tooze auf das Thema „falsche Selbsteinschätzung“ zurück, als er darauf hinweist, dass die Sowjetunion schon in den ersten Kriegsjahren, noch vor Beginn der US-amerikanischen Hilfslieferungen und trotz der enormen Verluste an Land und Menschen durch den Vormarsch der Nazi-Wehrmacht bis Winter 1941, dem NS-Reich in jedem Augenblick sowohl von der Menge der gefertigten Rüstungs-

güter wie in deren technologischer Qualität überlegen war. Die russische Armee hatte nicht nur mehr, sondern auch technisch bessere Gewehre, Geschütze, Panzer und Flugzeuge als die Nazi-Wehrmacht. Der Mythos der angeblich überlegenen arischen Herrenrasse und der angeblichen slawischen Untermenschen war nicht nur menschenverachtend und mörderisch, er war auch, soweit damit ein Vergleich der wirtschaftlichen und technologischen Leistungskraft der deutschen und der russischen Wirtschaft in den Jahren 1941/42 gemeint ist, laut Tooze schlicht falsch.

Wobei solche Feststellungen auch schon früher, beispielsweise in den Ende der 60er Jahre erschienenen Memoiren von Marschall Shukow, dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen im Zweiten Weltkrieg, nachzulesen waren. In der hiesigen Geschichtsschreibung wurden solche Feststellungen aber noch über Jahrzehnte ignoriert. Sie passten schlicht nicht ins Weltbild.

USA: Vorbild und Hauptfeind

Hitlers Weltbild sei nicht nur politisch und rassebiologisch, sondern in hohem Maße auch ökonomisch geprägt, betont Tooze. Das ist nicht neu, ebenso wenig wie seine Feststellung, das Deutsche Reich sei zu keinem Zeitpunkt wirtschaftlich stark genug gewesen, um England, Russland oder gar die USA dauerhaft zu besiegen. Die USA waren in der Weimarer Zeit Vorbild der deutschen Wirtschaft. In der NS-Zeit waren sie ständiges Menetekel an der Wand – der Versuch, vor Eintreten der USA auf dem europäischen Kriegsschauplatz scheinbar „vollendete Tatsachen“ zu schaffen, alle anderen Mächte zu schlagen und ein möglichst unangreifbares europäisches Imperium zu schaffen, bestimmte, wie Tooze betont und durch zahlreiche Quellen belegt, immer wieder die NS-Kriegsplanungen. ***

Insgesamt hat sich Tooze, der in Cambridge neuere europäische Wirtschaftsgeschichte lehrt, erkennbar bemüht, aktuelle Debatten und Studien zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus auszuwerten und in sein Buch einzubauen, etwa die Studien der letzten Jahre über das System der NS-Zwangsarbeit. Anderes in dem über 900 Seiten umfassenden Werk erinnert an frühere marxistische Studien über das NS-Regime. Im Literaturverzeichnis tauchen solche Autoren, etwa Dietrich Eichholtz oder Reinhard Opitz, aber nur am Rande auf, andere wie Bettelheim oder der schon genannte Marshall Shukow fehlen ganz. Trotzdem: ein spannend geschriebenes, lesenswertes, enorm faktenreiches Buch.

rül ■

Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. Siedler Verlag, München, April 2007, 928 Seiten, ISBN 987-3- 88680-857-1, 44 Euro

Antifaschismus ist international

In den letzten Monaten konnten politische Beobachter erleben, in welchem Maße die extreme Rechte trotz ihres jeweiligen Nationalismus internationale Netzwerke im europäischen Maßstab bildet. Die gegenseitige Teilnahme an Aufmärschen, Treffen zu geschichtsrevisionistischen Themen oder die Bildung einer politischen Fraktion im Europäischen Parlament dokumentieren, wie weit der Aufbau einer „braunen Internationale“ gediehen ist. Aus diesem Grunde führte die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten in Zusammenarbeit mit der linken Fraktion im europäischen Parlament GUE/NGL eine internationale Konferenz unter dem Titel „Antifaschismus in Europa“ in Brüssel durch.

Die Themen dieser Tagung, an der etwa 70 Delegierte aus mehr als 20 Ländern Europas, Israel und den USA teilnahmen, waren so vielfältig, wie die politischen Herausforderungen antifaschistischer Arbeit heute sein können. Natürlich ging es um die Entwicklungen des Neofaschismus und den zunehmenden Rechtspopulismus in vielen europäischen Ländern, nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch in den westeuropäischen Staaten. Welche Rolle staatliches Handeln in der Flüchtlingspolitik oder in anderen Formen der sozialen Ausgrenzung für den gesellschaftlichen Aufschwung extrem rechter Politik spielt, wurde ebenso thematisiert, wie die wachsende Gefahren, die sich aus der imperialen Kriegspolitik der USA, der Europäischen Union und einzelner Mitglieder ergeben.

Verbunden mit solchen Entwicklungen der Rechtskräfte sind die ideologischen und politischen Angriffe auf den Antifaschismus, wie man sie in den verschiedenen Ländern Europas erleben kann. Es geht dabei um Delegitimierung, um gesellschaftliche Ausgrenzung und um die Etablierung „neuer“ Geschichtsbilder. Die Tatsache, dass besonders in Osteuropa die Erinnerung an den antifaschistischen Befreiungskampf getilgt werden soll und selbst offene Faschisten und Kollaborateure der SS als „nationale Helden“ geehrt werden, macht deutlich, in welchem Umfang die geschichtlichen Perspektiven nach rechts verschoben werden sollen.

Hier geht es ganz direkt um die Verteidigung der Erinnerung an die Frauen und Männer, die im Widerstand „selbst in den Konzentrationslagern“ ihr Leben eingesetzt haben für die Befreiung der Menschheit von der faschistischen Barbarei. Dafür steht das aktive politische Handeln der antifaschistischen Verbände, die sich in der Tradition der Widerstandskämpfer, der Partisanen, der Deportierten und Opfer des Faschismus sowie der Angehörigen der Antihitlerkoalition verstehen. Ihr Wirken, das in verschiedenen Beiträgen auf der Konferenz beschrieben wurde, ist ein Beitrag, Antifaschismus als internationalistische Kraft gegen Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus, gegen Rechtsentwicklungen einzubringen.

Welche Rolle heutige Generationen von Antifaschisten dabei spielen können, wurde auf der Konferenz ebenfalls mehrfach thematisiert. Wichtige Beiträge der Konferenz liegen nun unter dem Titel „Antifaschismus in Europa“ in Buchform vor. Ein lohnender Band für alle, die sich als Internationalisten in der antifaschistischen Bewegung verstehen. ■

Michel Vanderborght/ Ulrich Schneider (hrsg.), Antifaschismus in Europa, Bonn 2007, ISBN 978-3-89144-383-5, 136 S. Ladenpreis 12 Euro, Direktbezug möglich: FIR, p.A. VVN - BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. 10 Ex. werden für 90 Euro zuzügl. Porto geliefert.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Beisicht im Gespräch mit „Deutsche Stimme“

Juli 2007

Die „Deutsche Stimme“ interviewt den „pro Köln“-Vorsitzenden Markus Beisicht zum Thema Moscheebau in Köln. Nachdem Beisicht die Aktivitäten der sogenannten Bürgerbewegung gegen den Moscheebau ins rechte Licht gerückt hat, – natürlich sind die Medien und die etablierte Politik Schuld daran, dass das Bürgerbegehren gescheitert ist –, antwortet er auf die Frage „Sehen Sie die Stadt vom Islam bedroht?“ in Köln hätten sich „regelrechte ethnische Ghettos“ gebildet, die Integrationsfrage stelle sich hier andersherum. Die Islamisten seien gut organisiert, verfügten über ausreichende Finanzen und klare Wertvorstellungen. Deshalb sehe er „durchaus die Gefahr der Islamisierung und Verfestigung von Parallelgesellschaften“. Man führe aber keinen „Religionskrieg“.

Nach dem Verhältnis zur örtlichen NPD gefragt, betont Beisicht, es gäbe weder bei diesem noch bei anderen Themen eine politische Zusammenarbeit und führt aus: „Dafür gibt es einfach zuviel Trennendes, sowohl inhaltlicher als auch strategischer Natur. Wie Sie sicher wissen, ist pro Köln 2004 deshalb in Konkurrenz zu den klassischen Rechtsparteien in Köln angetreten und hat sich mit weitem Abstand durchgesetzt. Wir nehmen deshalb für uns in Anspruch, in Köln alleine die Oppositionsrolle von rechts wahrzunehmen. Aber wir sehen unsere Hauptaufgabe im Kampf gegen Multikulti, Kriminalität und Korruption, und nicht in der Auseinandersetzung mit rechten Konkurrenzparteien. Die örtlichen alten Rechtsparteien haben zudem das Thema Moscheebau, wie so vieles andere auch, weitgehend verschlafen.“

Das ist auf jeden Fall undankbar, denn noch im März 2003 füllten etliche NPD-Anhänger die Reihen der Pro-Köln-Demos auf, als sie in Chorweiler und Mülheim zu ersten Protesten gegen die „Großmoschee“ aufriefen.

„Ausgrenzung als Strategie“

Junge Freiheit 29/07
vom 13. Juli 2007

Durch die politische Tabuisierung würden Konservative und Nationalliberale zu Feinden, zu Geächteten, moralisch Infizierten, von denen sich die Anständigen und Gesunden fern halten müssen, konstatiert das Blatt und lässt dazu Klaus Hornung zu Wort kommen, Politikwissenschaftler an der Universität Hohenheim. Am Beispiel der „jüngsten Kampagne“ gegen das Studienzentrum Weikersheim moniert dieser, dass man in Deutschland im öffentlichen Diskurs schnell in die rechte Ecke gestellt werde – „wenn man nicht gleich den ‚Faschismus in der Mitte der Gesellschaft‘ selbst ortet“. Dabei sei den Politikern und Medienleuten längst entfallen, „daß der Antifaschismus ein Ableger des Sowjetkommunismus seit den 1920er Jahren ist“. Lenin, Stalin und die Komintern hätten die Antithese „Faschismus – Antifaschismus“ zur zentralen und zündenden Freund/Feind-Bestimmung gemacht, es sei kein Wunder, „daß die Kommunisten bei der Anwendung des Faschismus-Vorwurfs fortan kein Halten mehr kannten.“ Antifaschistische Kampagnen heute verwendeten zugkräftigere Parolen und Stigmatisierungen wie „Rassismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ oder „Nationalismus, den man dann mit dem NS-belasteten Adjektiv ‚völkisch‘ verbindet.“ Und – so klagt Hornung weiter: „Hinzu kommen Tabuerklärungen wie etwa ‚Geschichtsrevisionismus‘ mit dem Bestreben, das ‚antifaschistische‘ Geschichtsbild von 1945 zum unantastbaren historisch-politischen Bewußtseinsinhalt für alle nachfolgenden Genrationen zu erklären.“ Aber er hat auch Hoffnung, daß dieser „Antifaschismus … überwunden werden kann“. Hornung: „Es wächst die Erkenntnis, daß ein geistig und historisch-politisch so verunsichertes Volk wie die Deutschen Identität und Halt an einem zugleich kraft- und maßvollen Patriotismus finden muß. Die Zukunft steht im Zeichen einer im besten Sinne konservativen Agenda.“

Zumindest die öffentlichen Reaktionen auf die Rede Oettingers haben gezeigt, dass das nicht ganz so einfach ist. Der beklagte antifaschistische Grundkonsens von 1945 ist eben doch nicht so leicht kaputt zu kriegen…

„Orientalisierung in vollem Gange“

Nationalzeitung Nr. 29 vom 19. Juli

„Da uns Deutschen nach allen demographischen Erkenntnissen der nicht allzu ferne Volkstod bevorsteht“, will Max Branghofer rigoros für deutsche Interessen eintreten. So sein Statement im Interview mit der „Nationalzeitung“, die den Dortmunder DVU-Ratsherrn und Landesvorsitzenden der DVU in Nordrhein-Westfalen zu verschiedenen Themen befragt, u.a. zur Frage der „Überfremdung“. Da kann Branghofer sich so richtig auslassen, da macht „die unfreiwillige Integration des deutschen Bevölkerungsteils in vorderasiatische Kulturkreise die rasantesten Fortschritte“, „Unsere Großstädte verlieren nach und nach ihren durch die christlich-abendländische Kultur geprägten Charakter“, da ist „die Orientalisierung unseres Landes in vollem Gange.“ Dortmund müsse milliardenschwere Projekte realisieren, um den sozialen Frieden sicherzustellen, dabei habe die DVU im Stadtrat immer wieder darauf hingewiesen, „der Entdeutschung ganzer Stadtteile endlich Einhalt zu gebieten“.

Mit der Frage nach den Milliarden Steuergeldern, die in die EU fließen, für Auslandseinsätze der Bundeswehr verwendet werden oder gar für Reparationen aus dem Zweiten Weltkrieg ist das Blatt bei seinem Lieblingsthema und findet in Branghofer den geeigneten Gesprächspartner. Munter zieht er gegen die Zwillinge Lech und Jaroslaw Kaczinsky vom Leder, die seit zwei Jahren keine Gelegenheit ausließen, „Europa zu nerven“. Austritt aus der EU und das eingesparte Geld fürs deutsche Volk verwenden, fordert er nicht ganz so „maßvoll patriotisch“, wie ein Klaus Hornung es empfehlen würde... *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507